

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement - Preis: vierteljährlich 1.50 Mk., monatlich 0.50 Mk., wöchentlich 20 Pf. (incl. Post).
 Einzelne Nummer 5 Pf. (incl. Post).
 Die Zeitungspreise sind für den Postboten zu zahlen.
 Die Zeitungspreise sind für den Postboten zu zahlen.
 Die Zeitungspreise sind für den Postboten zu zahlen.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die feinsten Zeilen 10 Pf. für politische und gesellschaftliche Artikel und 20 Pf. für Anzeigen.
 Die Zeitungspreise sind für den Postboten zu zahlen.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Freitag, den 16. März 1917. Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90 - 151 97. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90 - 151 97.

Der Sieg der russischen Revolution.

Die russische Revolution und die deutsche Politik.

Die russische Revolution ist das. Diesmal handelt es sich nicht, kann es sich nicht handeln, um eines jener sensationellen Schwindelgerüchte, mit denen wir seit Ausbruch des Krieges so oft gequert wurden, bis wir jeden Glauben verloren. Denn sie selber kündet sich als Siegerin an, sie hat — untrügliches Zeichen — den amtlichen Telegraphendraht in Händen und beschweigt ihren Sieg in die Welt.

Ihren Sieg — einstweilen wissen wir noch nichts über seinen Umfang und seine Dauerhaftigkeit. Sicherlich hat in Petersburg die Revolution die Herrschaft an sich geritten und dort das zaristische Regiment völlig gestürzt. Andere Großstädte haben sich angeschlossen. Wie steht es aber auf dem platten Lande? Wie vor allem bei dem an der Westgrenze aufgestellten Millionenheer, gegen das die dreihunderttausend Mann Petersburger Garnison, deren Unterstützung sich die Revolution rühmt, nur ein ohnmächtiges Gänselein sind.

All diese Fragen schweben einstweilen völlig im Dunkel. Man könnte z. B. daran denken, daß hunderttausend Mann aus der russischen Front weggenommen und gegen die Hauptstadt geschickt werden. Das würde den Bürgerkrieg zum unerbittlichen Krieg für Rußland bedeuten. Aber wir glauben nicht daran; denn im Grunde bedeutet die ganze Petersburger Revolution wahrscheinlich vorläufig nur einen etwas gewalttätigen, durchgeführten Ministerwechsel. Es ist der Fall Kasan — Lord George im Russische übertrifft. Und wie man an der Front es gleichgültig hingegenommen hat, daß ein russisches Ministerium das andere verdrängte, so wird man sich auch diesem Umsturz, falls er Erfolg hat, ohne große Widerstände fügen.

Wir müssen mit zwei Möglichkeiten rechnen: entweder, es gelingt dem Zarismus wider Erwarten durch militärische Maßnahmen noch einmal sich zu retablieren, dann ist mit der Niederwerfung der Revolution die Situation gegen die bisherige wenig verändert. Wir haben alsdann den alten Gegner, nur in seiner Kraft geschwächt, dazu die Aussicht auf eine baldige neue Katastrophe.

Wenn aber die Revolution sich siegreich behauptet, in ganz Rußland durchsetzt, und das Heer für sich gewinnt, was bedeutet sie alsdann? Hier gilt es zunächst jeder oberflächlichen und lebensfremden Auffassung auf das allerhöchste entgegenzutreten. Diese Revolution ist entgegen dem ersten äußeren Anschein kein Aufstand des Volkes, das den Frieden wünscht, gegen die kriegsführende Regierung. Gewiß hat die hungernde und darbenbegehrte Menge in den Arbeiterquartieren Petersburgs eine entscheidende Rolle gespielt. Aber sie ist zunächst nur Werkzeug gewesen. Ihre Anzuehrtheit ist ausgenutzt worden von politischen Führern, deren Ziele ganz andere als pazifistische sind.

Diese Revolution ist keine Revolution der „vaterlandslosen Gesellen“, sondern eine Revolution der nationalen Heberpatrioten, der russischen Liberalen, der Miljutow und Rodzianko. Diese Kriegspartei hat den Zarismus in die Ecke gedrängt, weil er keine Unfähigkeit erwiesen hat, den Krieg für Rußland zu einem siegreichen Ende zu führen.

Wir haben an dieser Stelle oftmals das russische Problem behandelt. Wenn die russische Revolution nicht gleich zu Beginn des Krieges ausbrach, so lag das in erster Linie daran, daß die russische Bourgeoisie diesen Krieg als ihren Krieg betrachtete. Der russische Liberalismus war von Anfang an viel kriegsbegeisterter und kriegseifriger als die zaristisch-konservativen Kreise, aber zunächst überließ er diesen die Führung.

Als dann jedoch mit den schweren Rückschlägen von 1915 Rußland an den Rand des Zusammenbruchs kam, erfolgte der erste Versuch des russischen Liberalismus, den Krieg selber in die Hand zu nehmen. Die gesellschaftlichen Selbsthilfeorganisationen wurden geschaffen und führten die wirtschaftlichen Maßnahmen durch, bei denen der zaristische Beamtenapparat verlagert hätte. So lange die Not da war, ließ sich der Zarismus diese Hilfe gern gefallen. Aber nach überstandener Krise wachte er die lästige Mitregierung bei Seite zu schieben. Die Folge war der chronische Konflikt zwischen Duma und Regierung, gegen den der Zarismus kein anderes Ausfuhrmittel fand als ständigen Personenwechsel in den leitenden Stellen. Nachdem nun aber genug Ministerien gekommen und gegangen waren, ohne daß sich in der Sache das geringste änderte, ist dem russischen Liberalismus die Geduld ausgegangen und er hat selbst das Heft der Regierung in die Hände genommen.

Die Zusammenhänge zwischen dem russischen und dem englischen Liberalismus sind bekannt. Auf dem Boden der Gefinnungsgemeinschaft gewachsen, wurden sie doch zu einem wertvollen Werkzeug der englischen Politik. Campbell-Bannermans berühmter Ruf „Es lebe die Duma!“ war mehr als ein spontaner Ausdruck eines adäquaten Gefühls, er war auch ein Signal, das in russischen Herzen sicher angelegt wurde.

Bleibt die Revolution siegreich, so bedeutet das zunächst nicht eine Schwächung, sondern eine Stärkung des Bundes, das Petersburg und London verbindet. Miljutow und Rodzianko stehen Lord George näher als die Minister des Jaren, Golitsin und Protopopow. Manche deutsche Blätter behaupten sogar, die russische Revolution sei in London gemacht worden. Das kann wohl möglich sein, aber sicher ist es dann nicht so ungeschickt gemacht worden, daß man etwa die Depeschen in Berlin auffangen konnte.

Trotz alledem, die neuen russischen Minister können nicht bloß Puppen an englischen Drähten sein. Wenn sie daran nicht die Verantwortung hindert, die sie Rußland gegenüber tragen, so hindert sie daran der Selbsterhaltungstrieb.

Es gibt nur zwei Möglichkeiten für den russischen Liberalismus, sich zu behaupten. Die eine ist der große Sieg über Deutschland und die Erfüllung aller panslawistischen Eroberungswünsche, die andere ist aber — der baldige Abschluß eines ehrenvollen Friedens.

Welchen dieser beiden Möglichkeiten hat die neue russische Regierung zu wählen. Wird sie erkennen, daß die erste Möglichkeit in Wirklichkeit eine Unmöglichkeit ist, während die zweite sich lohnend, zum Greifen nahe vor ihr ausbreitet? Wird sie vielleicht die erste Lösung wählend, durch die Kräfte, die hinter ihr stehen und denen sie ihren Sieg verdankt, zur zweiten getrieben werden? Auch für sie kann — und vielleicht bald — der psychologische Augenblick kommen, in dem es sich für sie nur noch darum handelt, den Kopf aus der Schlinge zu ziehen.

Die russische Revolution stellt die deutsche Politik vor neue Aufgaben. Die deutsche Politik muß der neuen russischen Regierung die Möglichkeit offen halten, sich durch baldigen Abschluß eines ehrenvollen Friedens ein Verdienst an Rußland zu erwerben und dadurch ihre Herrschaft zu befestigen. Die neue Regierung muß erfahren, daß sie den Frieden, den sie braucht, von Deutschland haben kann, wenn sie ihn will.

Das wird dann kein Frieden sein, der alldeutsche oder panslawistische Wünsche befriedigt, aber es wird ein Frieden sein, der es beiden großen Völkern ermöglicht, in Freundschaft und unfriederlichem Wettbewerb nebeneinander zu leben. Es wird ein Frieden sein, der das Nationalgefühl keines Volkes verletzt und keine Neidgedanken wachhält.

Will die russische Regierung diesen Frieden nicht, so wird das russische Volk ihn wollen, und die Friedensbewegung, die durch eine merkwürdige Verwicklung der geschichtlichen Umstände der Kriegspartei zum Siege geholfen hat, wird über die Köpfe der augenblicklichen Machthaber hinauswachen. Die Arbeitermassen der russischen Großstädte sind nicht gewillt, einer Regierung des „Krieges bis ans Ende“ Gefolgschaft zu leisten. Zeugnis dafür sind die Erklärungen Tschelidse und Kerenskijs in der Duma.

Aus Deutschland aber sollen die neuen Männer Rußlands erfahren, daß ihr Schicksal von ihren eigenen Entschlüssen abhängt und daß sie frei sind zu wählen. Was sie wollen, Frieden oder Krieg, sie werden es haben!

Die Duma hat die Staatsgewalt.

Petersburg, 14. März. (Nachricht der Petersburger Telegraphenagentur.) In Petersburg ist die Revolution ausgebrochen. Ein aus zwölf Dumamitgliedern bestehender Exekutivanschuß ist im Besitze der Macht. Alle Minister sind ins Gefängnis gesetzt. Die Garnison der Hauptstadt, 30 000 Mann, hat sich mit den Revolutionären vereinigt.

Am Donnerstag (Mittwoch?), dem dritten Tag der Revolution, war die Ordnung in der Hauptstadt wiederhergestellt.

Der Deputierte Engelhardt ist vom Ausschuh zum Kommandanten von Petersburg ernannt worden.

Die Petersburger Telegraphen-Agentur, deren Leitung in die Hände des Exekutivanschußes übergegangen ist, verbreitet folgende, also amtliche Darstellung des Verlaufes der Erhebung:

Petersburg, 14. März. Die Bevölkerung von Petersburg, die über die vollständige Desorganisation im Transportwesen und in der Erziehung aufgebracht war, war schon seit langem erregt und murmelte gegen die Regierung, die sie für alle Leiden, die sie erduldet, verantwortlich machte. Die Regierung, die Unruhen vorausahnd, ergriff unmaßgebende Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung. Unter anderem verfügte sie die Auflösung des Reichsrats und der Duma. Aber diese beschloß am 11. März, dem kaiserlichen Mandat keine Folge zu leisten, sondern die Sitzungen fortzusetzen. Die heute führt einen Vorschlag aus 12 Mitgliedern unter dem Vorsitz des Präsidenten Rodzianko ein. Dieser Vorschlag erklärte sich als vorläufige Regierung und ersich folgenden Aufsatz:

„In Anbetracht der schwierigen Lage und der inneren Unordnung, die man der Politik der alten Regierung verdankt, sieht sich der Vorschlag aus der Duma gezwungen, die öffentliche Ordnung in seine Hände zu nehmen. In vollem Bewußtsein der Verantwortlichkeit des gefaßten Entschlusses drückt der Ausschuh die Zuversicht aus, daß Bevölkerung und Heer ihn in der schwierigen Aufgabe beistehen werden, eine neue Regierung zu schaffen, die den Wünschen des Volkes entgegenkommt und sein Vertrauen genießt.“

Der Vorschlag aus der Duma richtete sich auf die in Rußland befindliche Bevölkerung der Hauptstadt und auf die Garnison von Petersburg, die sich, mehr als 30 000 Mann stark, vollständig mit den Aufständischen vereinigte, verhaftete alle Minister und Redakteure ins Gefängnis. Die Duma erklärte das Kabinett als nicht bestehend. Heute, am dritten Tage des Aufstandes, ist die ganze Hauptstadt, in der die Ordnung schnell wiederkehrte, in der Gewalt des Vorschlag aus der Duma und der Truppen, die ihn unterstützen. Der Abgeordnete Engelhardt, Oberst im Großen Generalstab, wurde vom Ausschuh zum Kommandanten von Petersburg ernannt. Gestern abend richtete der Ausschuh Aufrufe an die Bevölkerung, an die Truppen, Eisenbahnen und Banken, in denen er diese aufforderte, das gewöhnliche Leben wieder aufzunehmen.

Der Abgeordnete Grunski wurde vom Ausschuh der Duma mit der vorübergehenden Leitung der Petersburger Telegraphen-Agentur beauftragt.

Die Kronstadter Garnison geht über.

Petersburg, 15. März. Die Petersburger Telegraphen-Agentur teilt mit: Die Dumaabgeordneten Pavalajew und Lasin begaben sich heute auf Befehl des Exekutiv-Komitees nach Kronstadt, dessen Garnison sich zur Verfügung des Komitees gestellt hat. Pavalajew wurde zum Kommandanten von Kronstadt ernannt.

Moskau, Kasan, Charkow, Odessa erklären ihren Anschluß.

Frankfurt a. M., 15. März. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Stockholm: Die Stadtverwaltungen von Moskau, Kasan, Charkow und Odessa erklärten telegraphisch ihren Anschluß an den Petersburger Wohlfahrtsausschuß und konstituierten sich als Ausschuh der inneren Befreiung Rußlands.

Warum wurde die Duma vertagt?

Kopenhagen, 14. März. Die Gründe für die am 12. März erfolgte Vertagung der Reichsduma und des Reichsrates sind noch unauflöslich, doch scheint es, daß diese Gründe nicht in dem bisherigen Verlauf der Tagung der gesetzgebenden Körperschaften zu suchen sind, sondern vielmehr in der bedrohlichen Entwicklung der inneren Verhältnisse des Reiches, die eine weitere Tagung der Reichsduma für die Regierung gefährlich erscheinen ließen. Nach den Berichten der russischen Zeitungen verlief auch die dritte Sitzung der Reichsduma äußerlich ruhig. Bei der Verhandlung der Interpellation über die Lebensmittelbeschaffung sagte der Abg. Sawitsch im Namen der Fraktion der ländlichen Oksobristen: Da wir immer landwirtschaftliche Erzeugnisse ausfuhrten, lebten wir in der Vorstellung, daß wir an diesen Ueberfluß hätten. Das war ein ungeheurer Rechenfehler. Wir haben niemals große Reserven besessen. Die Bauern verlaufen alles, um die Steuern zu bezahlen und Schanaps kaufen zu können. Die Dorfbevölkerung selbst hungerte. Bei dem

seht Befriedenden Alkoholverbot und der Entwertung des Papiergeldes ziehen die Bauern vor, die Erzeugnisse der Landwirtschaft für sich zu behalten. Dazu kommt, daß jetzt in der Landwirtschaft überall die nötigen Arbeitskräfte fehlen, was auf den ökonomischen Zustand des Dorfes eine einschneidende Wirkung hat.

Der Nationalist Schulgin sagte: Kritisch kam mit dem Ruf zu gegenseitigem Vertrauen. Er mag sich mit dieser Aufforderung zuerst an den Ministerrat wenden, in dessen Mitte selbst von gegenseitigem Vertrauen nichts zu finden ist. Die Regierung wendet den sogenannten deutschen Kriegssozialismus nur einseitig an. In Deutschland wird bei der Bevölkerung alles enteignet, aber auch alles der Bevölkerung zurückgegeben. Bei uns nimmt man eben alles fort, gibt aber der Bevölkerung nichts zurück. Um das deutsche System durchzuführen, müßte ein anderer als Goltzin an der Spitze unserer Regierung stehen. — Bei der Verhandlung der Interpellation bezüglich der

Beschaffung der Arbeitergruppe des Kriegsindustrienausschusses
verteidigte der Vizepräsident des Kriegsindustrienausschusses Kabeti Konowalow die verhafteten Arbeitervertreter gegen die Vorwürfe der Regierung, daß sie für die Vorbereitung einer Revolution tätig gewesen seien. Er verbürgte sich für die Vaterlandstreue der Arbeitervertreter. Einige Mitglieder der Arbeitergruppe läßten sogar an die Petersburger Arbeitermasse einen Ruf verfaßt, in dem sie aufgefordert wurden, Kusinbude einzustücken und zur Arbeit in den Munitionswerkstätten zurückzukehren. Die Verbreitung dieses Rufes wurde jedoch von den Behörden verboten. Aus der Rede Konowalows erfährt man zum ersten Male von öffentlicher Seite über das Vergehen eines Streiks in den Werksstätten für Kriegsbedarf. Bis her arbeitete die Genjur streng darauf, daß in der russischen Presse nichts über solche Streiks verlautete.

Nach Konowalow ergriffen die Abgeordneten Lichde und Perenski das Wort und legten entscheidende Verwahrung ein dagegen, daß bürgerliche Abgeordnete dem Arbeiterkriegspatriotismus zumuten, der ihrer kosmopolitischen Weltanschauung widerspreche. Die Interpellation wurde schließlich mit überwältigender Mehrheit angenommen.

Der französische Kriegsminister tritt zurück.

Vertrauensvotum für das Kabinett Briand.

Die Ansicht, der Rücktritt Briands sei unmittelbar bevor, ist durch die einfache Tatsache nicht bestätigt worden. Sie verzögert sich vielmehr durch ein ablenkendes Zwischenstück, das von Briands Verlebenheit alsbald augenweckt wurde und dessen Fäden wohl überhaupt mit seinen Händen verwickelt hat. Nur ein einzelnes Glied des Ministerrates Briand ist abgedrückt: der Kriegsminister General Liautey. Sein Rücktritt ergab sich aus folgenden Vorgängen in der Kammer:

Paris, 15. März. Nachdem die Kammer sich mit dem Flugwesen beschäftigt hatte, verlas der Präsident die eingebrachten Tagesordnungen. Die Regierung nahm diejenige des Grafen Snyac an, welche von den Erklärungen der Regierung Kenntnis nimmt und darauf vertraut, daß sie das enge Zusammenarbeiten der verschiedenen Zweige des Flugdienstes verwirklichen und alle Formen des Luftkrieges nachdrücklich steigern werde. Der Kriegsminister Liautey erklärte, er sei der Ansicht gewesen, daß es besser gewesen wäre, wenn eine Debatte nicht stattfände. Man solle warten, bis die getroffenen Maßnahmen ihre Ergebnisse gezeigt hätten. Dem Redner auf das technische Gebiet zu folgen, lehnte er ab, auch nicht in geheimer Sitzung, weil dies die nationale Sicherheit gefährden könnte.

Die Worte General Liauteys wurden mit lebhaftem Widerspruch aufgenommen. Einige Abgeordnete forderten einen Ordnungsruf, andere sahen in seinen Worten eine Verleumdung der Kammer. Die Proteste dauerten trotz der Witten des Präsidenten Deschanel an. Renaudel brachte einen Antrag auf Geheimhaltung ein, der angenommen wurde. Die Sitzung wurde um 1/10 Uhr aufgehoben.

Am 1/11 Uhr abends wurde die öffentliche Sitzung wieder aufgenommen. Mehrere Abgeordnete beantragten die einfache Tagesordnung mit Rücksicht darauf, daß der Kriegsminister in der Geheimhaltung nicht das Wort genommen habe und sich nicht mehr auf der Bank der Regierung befinde. Der Abgeordnete Snyac schloß sich der einfachen Tagesordnung an, da diese Tagesordnung dem Sinne nach mit seiner beantragten übereinstimme. Briand schloß sich der Ausdrucksweise der schönen Haltung und der Würde bei der Erörterung in der geheimen Sitzung. Snyac forderte zum Beweis der einmütigen Gesetzmäßigkeit zwischen den Kammermitgliedern und der Regierung die Annahme der einfachen Tagesordnung. Briand hoffte, die Kammer würde sie einstimmig annehmen.

Hierauf wurde die einfache Tagesordnung einstimmig angenommen und die Sitzung um 11 Uhr 20 Minuten nachts geschlossen.

Die Opposition ist also in letzter Stunde davor zurückgeschreckt, das Erbe Briands anzutreten. Nach dem „Gaulois“ waren ihre Führer noch am Vorabend ganz anderer Meinung. Sie hätten, hieß es in diesem Blatte, in den Wandlungen der Kammer erklärt, sie würden in ihrer Haltung beharren, bis Briand verstanden habe, daß ein Zusammenarbeiten des Parlaments mit ihm nicht mehr möglich sei. Bei der jetzigen Lage sei es unausbleiblich, daß bei der ersten besten Gelegenheit unerwartet ein Zwischenfall eintrete. Sogar die Namen der Nachfolger Briands wurden schon aufgezählt: Ribot mit Barthou und Painlevé oder auch Deschanel. Über die Opposition schwankt um. Die Lage ist also für den Sturz Briands doch noch nicht in allen Teilen reif.

China und Deutschland.

Die Beziehungen abgebrochen.

Neuer meldet aus Washington, daß die chinesische Regierung die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland endgültig abgebrochen hat. Wie aber der Telegraphen-Union an zuständiger Berliner Stelle mitgeteilt wird, liegt bei dieser eine Verstärkung dieser Neuerung nicht vor. Weiter meldet Neuer aus Washington: Das Marineministerium habe die Mitteilung erhalten, daß die chinesische Regierung die deutschen Handelschiffe in dem Hafen von Shanghai in Besitz genommen habe. Die Besatzung der Schiffe wurde an Land gebracht und unter Bewachung gestellt. Insgesamt seien nur 13 Schiffe von zusammen 85 000 Tonnen Inhalt vorhanden.

Ueber die Haltung Chinas wird unterm 14. März aus Peking nach Paris gemeldet: Der Präsident der Republik hat die Beschlüsse des Parlaments über den Abbruch der Beziehungen zu Deutschland, noch nicht ratifiziert. Man hält aber seine Zustimmung für wahrscheinlich.

Deutsches Vernichtungsfeuer bei Höhe 185 — Stoßaktionen am Stochod und bei Jamaica — Starke französische Angriffe am Prespa-See und bei Monastir.

Kamlich, Großes Hauptquartier, den 15. März 1917. (W. I. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Bei Regenwetter blieb das Artilleriefeuer in den meisten Abschnitten gering.

In der Champagne kamen französische Angriffe auf dem Nordwesthang der Höhe 185 südlich von Ripont in unserem Vernichtungsfeuer nicht zur Entwicklung.

Umlandungsvorstöße im Somme-Gebiet und auf dem Westufer der Maas, wo eine französische Feldwache südlich von Cambrés durch fortgesetztes Japuzken bei hellem Tage aufgehoben wurde, brachten und eine Anzahl Gefangene ein.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Bei Mitonlez am Stochod und bei Jamaica südlich des Dnjepr wurden Unternehmungen von Stoßtrupps mit vollem Erfolg durchgeführt. Ueber 100 Gefangene und mehrere Maschinengewehre und Minenwerfer konnten zurückgebracht werden.

Mazedonische Front.

Auf beiden Ufern des Prespa-Sees und nördlich von Monastir setzten auch gestern die Franzosen starke Kräfte mit dem gleichen verlustreichen Mißerfolg wie an den Vortagen zum Angriff ein.

Zwischen Cerna und Dojran-See wurden kleinere Angriffe der übrigen Entente-Truppen abgewiesen.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Abendbericht.

Kamlich, Berlin, 15. März. Abends.
Som Westen und Osten ist nichts Besonderes gemeldet.

Der österreichische Bericht.

Wien, 15. März 1917. (W. I. B.) Kamlich wird verlautbart:

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresfront des Generalfeldmarschalls Erzherzog Joseph.

Außer stellenweiser lebhafter feindlicher Artillerietätigkeit keine Ereignisse von Belang.

Heeresfront des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Nördlich Stanislan und südlich Solstwin brachten unsere Stoßtrupps von erfolgreichen Unternehmungen 106 Gefangene, 6 Maschinengewehre und 1 Minenwerfer zurück.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Der Artilleriekampf lebte an einzelnen Frontabschnitten wieder auf. An unserer Front nördlich von Kiango drangen heute früh Abteilungen des Infanterie-Regiments Nr. 27 durch Schneetunnels in die feindlichen Gräben östlich des Monte Jorno ein, zerstörten die Unterstände, fügten den Italienern ansehnliche blutige Verluste zu, erbeuteten 2 Maschinengewehre und machten 22 Kipinis zu Gefangenen.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

An der Bojsa keine besonderen Ereignisse.
Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes
von Coester, Feldmarschalleutnant.

Die bewaffneten amerikanischen Handelsschiffe.

Savab berichtet aus London: Daily Chronicle schreibt: Die amerikanischen Handelsschiffe würden Artillerie- und Infanterieabteilungen an Bord führen, die unter dem Befehl eines Marineoffiziers ständen, der vom Schiffskommandanten unabhängig sei.

Wie Waller Zeitungen aus Washington berichtet wird, übergab am 13. März Staatssekretär Lansing dem Marineminister Daniels ein Memorandum. Das Memorandum stellt zunächst fest, daß die deutschen Landboote, wenn sie nach den Erklärungen der deutschen Regierung vom 31. Januar vorgehen, im Widerspruch zum internationalen Recht handeln und als Piraten behandelt werden müssen. Die bewaffneten Handelsschiffe, die bewaffnet in See gehen, halten sich in den Grenzen des internationalen Rechts. Sie müssen sich einzig nach den Rechtsgrundlagen richten, die für die Kreuzer gelten. Die auf den Schiffen untergebrachten Besatzungen unterstehen den nämlichen Vorschriften wie die Militärpersonen. Sie haben die Schiffe zu beschützen.

Die Mannschaften der Schiffe, so heißt es in dem Memorandum weiter, haben das unbestreitbare Recht, auf die deutschen Landboote zu schießen, sobald sie diesen in der Kriegszone begegnen.

Der Krieg auf den Meeren. Amerikanischer Dampfer versenkt.

Amsterdam, 15. März. Das Bureau des Diaz meldet: Der amerikanische Dampfer Algonkin ist durch ein deutsches Unterseeboot versenkt worden.

Nach der „Evening News“ wurde der Dampfer nach Tagesanbruch von einem deutschen U-Boot versenkt, das in einer Entfernung von drei Meilen das Feuer eröffnete. Nachdem 20 Granaten in der Nähe des Schiffes eingeschlagen waren und 4 den Bug desselben getroffen hatten, ging die Besatzung von 27 Köpfen in die Rettungsboote und verließ die Gefährten. Nun näherte sich das U-Boot und fuhr, nur das Periscop über Wasser, verschiedene Male um das Schiff herum, alles genau beobachtend. Erst als es merkte, daß der Dampfer unbewaffnet und verlassen sei, kam es über Wasser. Mehrere deutsche Matrosen gingen an Bord der Algonkin und legten Bomben in das Hinterdeck. Nach einer Viertelstunde explodierten diese und der Dampfer versank in die Tiefe. Dieses alles ereignete sich in einer Entfernung von 65 Seemeilen vom Lande.

Nach Londoner Meldungen aus Washington meint man in nicht offiziellen Kreisen, daß es nicht wahrscheinlich sei, daß die Versenkung der Algonkin eine Aenderung in das Verhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland bringen werde. Dies werde erst geschehen, wenn ein bewaffnetes amerikanisches Schiff mit einem deutschen U-Boot ein Gefecht haben wird. Man ist der Meinung, daß Wilsons Erklärung von der bewaffneten Neutralität auf den Algonkin-Fall keinen Bezug habe.

Hong, 15. März. Das hiesige Korrespondenzbureau meldet, daß der Dampfer La Campine, der aus Rotterdam ausgefahren war, in der Nordsee versenkt wurde. Das Schiff gehörte der amerikanischen Petroleumcompany an und hatte einen Inhalt von 2357 Tonnen.

England läßt internierte Schiffe ausfahren.

Hong, 15. März. Das „Handelsblatt“ meldet: Das niederländische Landwirtschaftliche Exportbureau hat die Nachricht erhalten, daß die englische Regierung die in England internierten niederländischen Schiffe mit Nahrungsmittelein und Kunststoffe nunmehr ausfahren läßt. Das Landwirtschaftliche Exportbureau teilt mit, daß von der englischen Regierung an die Freilassung der Schiffe gewisse einschränkende Bedingungen geknüpft wurden; worin diese bestehen, wird nicht gesagt.

Berlin, 15. März. Nach einem Telegramm aus Lugano vom 28. Januar meldet die Agenzia Stefani, daß der englische Schooner Wal 25 Schiffbrüchige des italienischen Dampfers Taormina, welcher am 18. Januar, also vor der deutschen Sperrgebietserklärung, ohne Warnung versenkt worden wäre, gelandet hätte. Das U-Boot hätte sich geweigert, die Boote der Schiffbrüchigen ins Schlepptau zu nehmen, welche somit den Wellen preisgegeben wären, bis Wal vorbeikommt.

Nach der — wegen der großen Entfernung erst jetzt vorliegenden — Meldung des betreffenden U-Bootes wurde Taormina durch Warnungsschuß zunächst zum Stoppen gezwungen. Die Behauptung einer warnungslosen Versenkung ist also falsch.

Etwa nach 15 Minuten und nach dem dritten Warnungsschuß setzte die Besatzung in zwei Booten vom Dampfer ab. Das an Bord geschickte Sprengkommando war dann selbst hehlich, ein drittes Boot zu Wasser zu bringen. Die somit in drei Rettungsbooten geborgene Besatzung wurde dann nicht etwa den Wellen preisgegeben, sondern ihr weiteres Schicksal bei dem herrschenden, ruhigen Wetter mehreren in der Nähe befindlichen Fahrzeugen überlassen. Unter letzteren befand sich der Wal, der nicht — wie das verheißene Telegramm meldet — zufällig vorbeikommt, sondern von dem U-Boot als bereits in der Nähe befindlich festgesetzt worden war und dann auch, wie angunehmen war, die Besatzung an Bord nahm.

Die Torpedierung der Minas.

Berlin, 15. März. Die beiden einzigen Ueberlebenden des am 15. Februar 1917 im Mittelmeer durch zwei Torpedotreffer versenkten italienischen Truppentransportdampfers Minas, die gezeichneten italienischen Soldaten Giuseppe Fabrizio und Luigi Inverardi, beide „Automobilist“ vom 18. Regiment Artillerie, 6. Kompagnie (Rom), sagten nach ihrer Rettung durch das Unterseeboot übereinstimmend folgendes aus:

In Neapel wurden mit uns eingeschifft mehrere serbische Offiziere, darunter ein General, drei Obersten, ziele zwölf italienische Offiziere, darunter zwei Majore und tausend Mann. Die Anluft der Truppen nach Saloniki zu gehen, war groß. Von den ursprünglich fünfzig Automobilisten waren fünf vor der Abfahrt schon desertiert. Der Kai war bei der Abfahrt voll von weinenden Frauen. Es fanden dort noch ziele zwanzig Automobile, die mit einem weiteren Transport, vermutlich auch nach Saloniki, abgehen sollten. Der Dampfer verließ am 13. Februar, 1 Uhr mittags, Neapel, Bestimmungsort Saloniki. Er nahm zunächst direkten Kurs von Neapel nach der Straße von Messina, wo an der Othinfahrt am 14. Februar mittags ein italienischer Herolder beim Dampfer sich einfand und ihn bis zum 15. Februar begleitete. Von Messina ging die Fahrt längs der sizilischen Küste bis zum Kap Passaro. Von dort nahm man Kurs auf Carigo. Bei bewegter See erfolgte plötzlich am 15. Februar 12.50 Uhr nachmittags eine heftige Explosion, während die Truppen zum größten Teil festran und schlafend unter Deck waren. Es entstand eine allgemeine ungeheure Panik. Weder von den Offizieren des Dampfers, noch von den Armeesoldaten wurden irgendwelche Befehle gegeben. Nur ein Infanterieleutnant hat gerufen: „Schwimmwesten anziehen!“. Die Soldaten entkleideten sich und sprangen zum Teil sofort über Bord. Die sechs Schiffsbote wurden zwar zu Wasser gelassen, kenterten aber, da sie überfüllt waren und bei der Fahrt des Dampfers unter schnitten.

Wir, beide waren zuerst in einem Schiffsbote, sind aber rechtzeitig herausgesprungen und nach einem Holzstoß geschwommen. Da wir nach der ersten Explosion, die im Maschinenraum erfolgte, mit Kohlenstaub geschwärzte Soldaten sahen, glaubten wir nicht an ein Unterseeboot, sondern dachten an eine Maschinenexplosion und wollten nach einiger Zeit, weil der Dampfer nicht sank, an Bord zurückkehren, wo noch der größte Teil der Soldaten an Deck stand. Der Kapitän des Dampfers, der mit uns im Wasser schwamm, kehrte auch mit einem Matrosen an Bord zurück. Da traf den Dampfer achtern in einem Raum mit Puntion der zweite Torpedo. Er sank sofort und rief die an Deck befindlichen Truppen hin in die Tiefe.

Liverpooler Seelente streifen.

Rotterdam, 15. März. In Liverpool sind Teilstreife der englischen Seelente ausgebrochen. Sie fordern Lohn-erhöhung und die Versicherung ihrer Angehörigen. Es besteht Unzufriedenheit in der Schiffahrtskreisen über die Unfähigkeit der Admiralität, geeignete Mittel gegen die U-Boot-Gefahr bereitzustellen.

Amsterdam, 15. März. Die Dampfer nach Amerika werden am Donnerstag abgehen. Der Marinestab hat bereits seine Zustimmung dazu erteilt. Ein Teil der Fischerflotte ist bereits in See, die Ausfahrt der übrigen Fahrzeuge wird vorbereitet.

Arifania, 15. März. 1900 arbeitslosen norwegischen Seelenten in England wurde die Ausreise von den englischen Behörden verweigert.

Berlin, 15. März. Der englische Fischdampfer Rutilia (229 T. Reg.-T.) wurde als Brise eingebracht.

Die Vorgänge bei Bagdad.

Englischer Heeresbericht aus Mesopotamien. Unsere Spitzenabteilung erreichte einen Punkt 30 Meilen stromaufwärts von Bagdad. Es wurden Vorkehrungen getroffen, um die Ueber-schwemmung der Stadt bei dem zu erwartenden Steigen des Flusses zu verhüten. Die Gewerkschaft in Bagdad ist leicht wieder in Betrieb zu setzen. Die Eisenbahnwerkstätten enthalten gut brauchbare Maschinen, die unbeschädigt sind, darunter 3 Lokomotiven und Wagenmaterial. Mengen von Munition wurden gefunden. Unsere Geschütze, die 1916 bei Kut el Amara verloren gingen, wurden in Bagdad wieder aufgefunden.

Vor dem Sturm.

Briefe aus Petersburg.

Aus Genf wird geschrieben: Eine Anzahl russischer Persönlichkeiten, die zum Teil in Frankreich, zum Teil auf Schweizerischem Boden leben, haben alarmierende Nachrichten aus ihrer Heimat erhalten und bezeichnen die Lage für die Petersburger Regierung als außerordentlich gefährdet.

Der Inhalt verschiedener Telegramme, die im Laufe des 10. und 11. März hier eingetroffen sind, hat höchste Befürchtung unter den russischen Gästen am Genfer See hervorgerufen. Aber auch aus Paris kommen Meldungen von Außen, die die größte Besorgnis wegen des Schicksals ihrer Angehörigen in der Heimat äußern.

Es scheint, daß zahlreiche Militär aufgebaut werden mußte, um ein Uebergreifen der Bewegung von Petersburg nach Kronstadt zu verhindern. Wieder andere Telegramme lassen nur eine Deutung zu, daß in einigen Kasernen in Petersburg neuerenfalls stützpunkthafte haben. Sonst würde z. B. der Satz in einer Depesche: „Unzuverlässige Elemente in Kasernen radikal befeitigt!“ keinen Sinn ergeben.

Die Ueberzeugung ist hier allgemein, daß die meisten Petersburger Kreditanstalten geschlossen hätten. Denn sie geben weder selbst, noch durch ihre Vertretungen in Paris und London auch nur das geringste Lebenszeichen.

Der Mangel an wichtigen Lebensmitteln und Rohstoffen hat die zeitweise Schließung von Munitionswerkstätten und damit die Beschäftigungslosigkeit von Hunderttausenden von Arbeitern in zahlreichen Städten zur unmittelbaren Folge gehabt.

Die Arbeiter erblickten in den ungezählten Chinesen und Japanern, die vor einigen Monaten in Riesenschiffen herangeführt wurden, nicht nur Lohnbrüder, sondern auch unnütze Minder, die in ihrer Vielheit zur Steigerung der Lebensmittelpreise beitragen. Bei den wiederholten Lohnstreiks mußten die einheimischen Arbeiter durch den Druck der Selben den Kürzeren ziehen.

Der Polizeimeister.

Ein russischer Polizeimeister von Gabrielis Sapozhka.

Diese Worte waren plötzlich niedergefallen und hielten Tagejewe die ganze Situation auf. Er begriff vor allem, daß Marlowski die ganze Schuld auf seinen Vorgesetzten abwälzte, und daß die Situation wirklich bedenklich sein müsse, wenn Marlowski innerhalb weniger Tage seine Taktik so vollständig geändert hatte.

„Was reden Sie für Zeug?“ begann er heftig, „haben Sie nicht auf eigene Hand eine ganze Menge Gewalttaten verübt? Glauben Sie, ich habe es nicht gesehen?“

„Keine Gewalttaten, wie Sie das nennen, waren nur die Folgen Ihres Handelns.“ Ich mußte Sie schlingen und mir Ihr System aneignen.“ erwiderte Marlowski mit unfassbarer Verachtung. Ich wiederhole noch einmal,“ fuhr er fort, „daß ich nichts selbständig unternommen habe. Merken Sie sich das!“

„Dieses Selbstbewußtsein und der falsche, entschlossene Ton imponierten Tagejew. Einen Augenblick war er wie verblüht. Er sah sich verlassen, und es wurde ihm klar, daß er sich allein würde verteidigen müssen. Wie ein von seinen Verfolgern umringtes wildes Tier raffte er alle Geisteskräfte zusammen und versuchte zu übersehen, ob er imstande sein würde, dem Angriff die Stirne zu bieten.

„Ja... Sie sagen, daß Sie meine Befehle ausführen, aber ich muß Ihnen sagen, daß Sie den Dienst sehr vernachlässigt haben.“ begann er hart. „In der Stadt sind Unruhen, die muß sind in Unordnung... So kann es nicht bleiben! Ich muß strenger gegen Sie vorgehen, sonst geht die Stadt zum Teufel. Ich bin mit Ihnen sehr unzufrieden... hören Sie?... Sehr unzufrieden!“

In seiner mangelhaften Bekleidung und der Haltung eines Generals, der Tafel austeilte, wirkte er unfassbar komisch. Marlowski nahm sofort eine offizielle Miene an und reagierte nicht im geringsten auf die Bemerkungen.

daß Behörden und Fabrikanten mit Zuckerbrot und Peitsche vorgehen. Mehrere Ausstände in den russischen Werken endeten mit einer Niederlage der Angreifer, deren Zutun dann keine Grenze mehr kannte. Seit vier Monaten sind die Löhne nicht mehr gestiegen, obwohl die Preise für die wichtigsten und unentbehrlichsten Lebensmittel sich in derselben Zeit verdreifachten und für die Wohnungen verdoppelten. Als es ruckbar geworden war, daß die Regierung zur Rationierung und Zensurierung von einzelnen Lebensmittelarten schreiten würde, legte die Hamsterei der Wohlhabenden in so großem Maße ein, daß für die Armen wenig übrig und dieses Wenige außerordentlich teuer wurde. Mit den Preisen stieg aber auch die allgemeine Verbitterung des kleinen Volks, das sich durch die Politik der Reichen betrogen sah. Das Maß wurde voll, als die Heeresverwaltung infolge des Verlangens der Transportmittel sich genötigt sah, auf dem Lande das Getreide und Fleisch zu beschlagnahmen, das für die Städte bestimmt war.

Strindberg: „Totentanz“ 2. Teil.

Die Darstellung des 2. Teils von Strindbergs „Totentanz“ im Theater in der Königsgröber Straße stand künstlerisch auf gleicher Höhe wie die des ersten Abends. Am Schluß gab es Variationen von einer Dauer, wie man sie sonst nur in der Reinhardt-Bühne zu erleben pflegt. Ob sich indes das Werk als Doppelbroschüre in dem Repertoire wird behaupten können, ist freilich eine andere Frage.

Der hagerfüllte Kampf der beiden Gatten, die doch so furchtbar sie sich peinigten, nicht voneinander löschten, ist in dem ersten Teil bis in die letzten Möglichkeiten ausgeschöpft. Die Fäden, die in dieser Richtung weiter laufen, vermögen nur ein mäßiges Interesse zu erregen. Das Pathologische in dem Charakter des in selbstgefälliger Wahnidee eingemauerten Artilleriekapitän, das als Moment der Ehescheidung von starker Wirkung war und Anteilnahme weckte, verfliehet hier, von diesem Hintergrunde abgelöst, zu einer kaum noch verdaulichen Art Weisheit; der Kontakt des Menschlichen verliert sich. Die Welt, mit der er dem Jugendfreunde nachsteht, der als Zeuge seiner ehelichen Kämpfe ihm so viel Güte erweist, trägt das Gepräge des Verfolgungswahns, erötet auch die letzten Sympathien. Das Unverständliche wird durch die geheimnisvolle Nacht, zu schaden, die Strindberg diesem offenbar krankem Anblick, dessen Intrigen ganz ins Phantastische verlaufen, noch erhöht. Und bei dem Fehlen alles Persönlichen in dem Charakter bleibt auch dem Ausgang, der plötzlich völlig andere Töne anschlägt, jede Ueberzeugungskraft verweigert. Dieser Glende, den der lange drohende Schlaganfall nun endlich doch auf Kinnerrückseiten zu Boden streckt, scheidet im Still mit den Worten: Ich verzichte allen, sie wissen nicht, was sie tun, aus dem Leben. Mehr noch, dieses Wort löst seinen Schatten und verfliehet. Der Leutnant, der es hörte, wie der Jugendfreund bezeugen vor dem erkrankten Hörer, daß in der Seele des Verstorbenen Gütes lag; ja selbst der grimme Haß der Frau schmilzt nunmehr hin und sie entdekt, daß sie im Grunde ihn stets geliebt hat! Gewiß, des Todes Majestät vermag viel. Doch diese Wandlung ist ein leeres Wunder, so leer wie etwa die gähnige Jufallsfügung, die der fromm gewordene Strindberg in seinem Festspiel „Osten“ zu einer Fügung Gottes stampeln wollte. Auch der Tod kann nur auslösen, was in den Seelen vorbereitet liegt. So hat ein anderer, Gerhart Hauptmann, des Todes Wirkung dargestellt, in der herrlichen Klage seines Michael Kramer an der Leiche des mißratenen und doch so tief geliebten Sohnes, von dem er die Erfüllung seiner eigenen Künstlerträume hoffte. Was da den Hörer als Erlebnis packt, berührt hier nur als seltsam fremde Zustimmung.

Merkwürdig kontrastiert mit der Entmenslichung des Mannes, der in dem ersten Teil der Dichtung dem Mitleid so nahe steht, die Frau, die dort ganz Teufels, hier mehr menschlicher erscheint. Die wilde Begier, in der sie um den Jugendfreund gerungen, hat einer ruhig christlichen Kameradschaft Platz gemacht. Sie wartet ihn vor den Anschlägen des Gatten und ist der Tochter Judith eine zärtliche, ja auch verständige Mutter. Ihr Haß wider den Mann, im ersten Teil der Grundton verstoßener Rache tragend, stellt sich hier mehr als die natürliche Vergeltung einer bösen Despotenwillkür dar. Die Art, wie Irene Friesch das Bild der Frau — schon in dem ersten Teile die Bosheit durch gewisse weiche Klänge mildend — angelegt, erwieb sich so im Einklang mit dem ganzen Plan der Dichtung, die freilich in sich selbst durch eine Umbiegung der Interessenstufe an Geschlossenheit erleidet. — Psychologisch am interessantesten, das ansangs angeschlagene Thema in neuer Beleuchtung weiterführend, waren die ersten von Maria Drika und Jety Schulz vorzüglich dargestellten Streich- und Schalkszugenen der beiden jungen Leute; der kleinen Judith und des Sohnes des Jugendfreundes. In der kalten Berechnung, womit die frühreife breite Götze, ihrer Macht bewußt, den treuherrig verlebten Purischen quält, empfand man etwas wie den

Gauch von Jüdischen Geistes. So mußte die Mutter, als sie selber noch ein halbes Kind war, gewesen sein! Die Ehe, die am Horizont aufsteigt, läßt eine Fortsetzung der Tragik, die in dem Band der beiden Alten wartete, erwarten. Doch dies bedeutsame Motiv wird von dem Dichter später ganz beiseite geschoben. Seine Judith wandelt sich, als wäre die herrschaftliche Lust am Kränken nur eine Laune ihrer Wackeljahre, in eine Schwärmerin der großen Liebe, die eher alles opfern, wie vom Gelebten lassen will. Eine Wendung, die bei mancher dichterischen Schönheit doch jedes näheren Bezugs zu der Vergangenheit und zur Idee des Stücks ermangelt. — Paria u führte den Alten im Still, den er ihm am ersten Abend gab, vortrefflich bis zum Ende durch. Im Spiel Paul Dittos trat die sichere Reife und die gütige Milde des Jugendfreundes eindrucksvoll hervor.

Jbsens „Borkman“ im Deutschen Theater.

Man beginnt von einer Jbsen-Dämmerung zu sprechen. Und in der Tat: manche von den späteren Werken halten sich nicht mehr in der Zeit; sie fallen allmählich aus. Aber die anderen ziehen unerröcklich ihre Kreise. „John, Gabriel Borkman“, das vorletzte Spätwerk Jbsens gehört zu ihnen. Das hat und die Aufführung des Deutschen Theaters kraftvoll erkaltet. Strindberg steht auch im „Totentanz“ nur im Schatten Jbsens, so sehr er ihn zu übersteigen sucht. Lebenswahr, mit weiterem Horizont hat Jbsen hier Lebensprobleme gestaltet. Die Mächte, die er verkörpern wollte, weichen über das Persönliche hinaus und verlangten nach der symbolischen Formgebung.

It Borkman nur das Drama der kraftvollsten Einzelpersönlichkeit, die in ihrem Nachstreben alles opfert, oder ist es nicht auch das hohe Lied des Kapitalismus? Wegener legte alles Schwerkrieg auf Betonung des Kraftwerks, der nur sich kennt und seine Machtgier. Unheimlich prägte er seine Monomanie aus, wild und walt auch im gewaltigen Haarschopf und Bart, ein Kribbeln, der in menschliche Gestalt gezwungen. Wenn er rastlos seine Schritte den Boden stampfte, glaubte man das Raubtier zu sehen, das losgelassen alles bedroht. Im letzten Akte aber kam die starke Erschöpfung zum Ausdruck: ein toter Krater zeugt noch von der elementaren Größe. Aber das Visionäre, das entzündete Schonen, das hymnisierte Lauschen auf die verführerischen Stimmen der Tiefe, — das stieg nicht so mitreißend empor, und dadurch verlor das Ganze an symbolischer Auswirkung.

Elle Lehmann und Roie Bertens erneuten den Glanz der Tragischen Tradition und führten den Kontrast der beiden Frauen, die um Vater wie Sohn ringen, zur vollen Höhe: aufopfernde Liebe, Güte und Verzeihen hier, dort tragische Herrschsucht — beidesmal höchst individuell und bedeutend gestaltet. Die kleine Parodie des großen John Gabriel, die sein getreuer Knappe Koldal darstellen soll, wurde in Hallebergs unermüdlichen Manieren — wie quetscht er manches, wie peitscht er anderes auf mit einer Stimme, die wie eine Kreisfuge klingt — übersteigert. Maria Fein gab der abenteuerten Frau Sultor zwar erotisches Pathos, aber auch die ganze Kalkulation, deren sie fähig ist. Fortwährend jugendfrisch war Paria u als Erhard. Unter Reinhardt's Regie hatten die Zimmer Leber gewonnen, sie spiegeln das Leben ihrer Bewohner wieder, sowohl unten wie oben. Der volle Rauber stierhimmeln Winter nach war ausgegossen über die letzte Szene. Aber kein Ausblick eröffnete sich und so mußte Borkman seinen Rauberfang vom lodenden Erz im Vergeßschacht — ins Parterre rutschen.

Sudermanns „Johannes“.

Vor neunzehn Jahren wurde dies biblische Drama Hermann Sudermanns zum erstenmal am Deutschen Theater aufgeführt. Seitdem, unseres Wissens, an keiner Berliner Bühne mehr. Das erweist um so sonderbarer, als das Stück gut ist. Wie konnte es so lange und so völlig übergegangen werden, daß man beinahe von gänzlichlicher Vergessenheit reden möchte? Nun, die Leistung des Schiller-Theaters belann sich des Guten, daß ja den Solle nie zur Unzeit geboten werden kann, und bringt jetzt dies halb verholene Drama.

Die Aufführung war, technisch wie künstlerisch genommen, in allen Teilen sorgfältig vorbereitet und vorzüglich. Johannes, der Wegbereiter, aber immer Zweifler, wurde von Alfred Braun, der diese Gestalt zum Mittelpunkt der Handlung zu machen verstand, trefflich charakterisiert. Der so ganz von seiner Bühnenheros, deren Charakter und Wesen Hedwig Pauli ungemein plastische Schärfe verlieh, beherrschte Herodes fand in Robert Ahmann einen skulpturelleren eigenen Gestalter. Neu ist Gertrud König, eine junge und, soweit es ihre Rolle als Salome beurteilen läßt, sehr talentvolle Tragikerin. Gut waren daneben noch einige Charaktertypen. Auch dekorativ und szenisch steht die Aufführung auf neuzeitlicher Höhe.

„Ich werde heute die Kanzlei revidieren.“ schloß Tagejew hochmütig und winkte mit der Hand ab, zum Zeichen, daß das Verhör beendet sei.

Marlowski neigte den Kopf und begab sich nach dem Ausgang.

„Erlauben Sie!“ rief Tagejew ihm nach, „nicht durch den Vorderausgang. In Dienstjahren benutzt man die Hintertreppe. Das sollten sich meine Angestellten merken.“

Ohne Widerstand zu leisten, lehrte Marlowski um und betrat den nach der Hintertreppe führenden Korridor, der von Semipudow und Plustin bewacht war. Unten drehte er sich noch einmal um und seine Lippen verzerrte ein undefinierbares Lächeln.

„Für diese Hintertreppe werde ich dir auszahlen, du nichtwürdiger Schuft!“ dachte er und ließ im Gedanken eine ganze Reihe jener russischen Flüche folgen, um die Europa Ruhland mit Recht beneidet.

V.

Gorski's Absicht. — Doppelter Frühling. — Wädhengeständnisse. — Das erschöpfte Wiedersehen. — Kasjo. — Jankas Uebermut. — Der reizende Eubent.

Am Morgen erhielt Gorski ein Telegramm von seiner Schwester, die ihm die Erkrankung ihres Gatten mitteilte und ihn bat, zu ihr zu kommen, um ihr zur Seite zu stehen und manche Geschäfte zu ordnen, die infolge der Krankheit des Mannes vernachlässigt waren.

Gorski begann sofort zur Abreise zu rüsten. Er wollte zwei Tage fortbleiben und nach seiner Rückkehr mit jenem Protest persönlich zum Gouverneur reisen. Er fühlte eine ungewöhnliche Tatkraft und Energie.

Als man ihn fragte, ob er nicht fürchte, Tagejewe's Rache auf sich zu laden, erwiderte er:

„Vor dem allgemeinen Wohl müssen alle persönlichen Rücksichten weichen.“

Dabei suchte er seinen Sohn mit den Blicken. Kasjo erhob seine trüben, schönen Augen zum Vater und es schien, als spiegelte sich in ihnen eine dankbare Anerkennung. Das schürte Gorski's Eifer noch mehr.

„Lebt wohl! In drei Tagen bin ich wieder da, dann soll Herr Tagejew erkennen, wer ich bin.“

Er umarmte seine Kinder mit uniger Zärtlichkeit und umfaßte, bevor er ging, mit liebevollem Blick das stille, trau-

haus, in dem er so viele Jahre verbracht hatte. Ein seltsames Gefühl bedrückte sein Herz.

Er stieg in die Droschke und bemühte sich, die traurige Stimmung abzuschütteln.

„Man wird ja wie ein sentimentales Weib, wenn man immer zu Hause sitzt. Eine Reise für zwei Tage bringt einen förmlich aus dem Gleichgewicht!“

Er gab sich einen Ruck und bemühte sich, an den Protest zu denken.

„Warte... Du willst ich es beibringen!“ dachte er, als er an dem Gebäude vorbeifuhr, in dem Tagejew mit seinen Polizisten haufte.

Die hellerleuchteten Fenster schimmerten in die dunklen Straßen hinein.

„Du sollst deine Illumination haben!“ dachte Gorski lachend.

Inzwischen hatte Janka den Vespertisch abgeräumt und sich in ihr Stübchen begeben, wo sie zum ungezählten Male Niklas Briefe zu lesen begann, die er ihr aus Krakau geschrieben hatte. Sie holte aus einem Kasten Niklas Bild hervor und betrachtete es mit der ganzen Hingabe eines zum ersten Male liebenden Mädchens. Wie sie so, den schönsten Zukunftsträumen hingegeben, dem Frühling gleich, da sah, schlich sich ganz leise ein anderes junges Geschöpf in ihr Zimmer.

„Jalina!“

„Janka!“

Sie lächelte sich herzlich.

Die Freundin erriet das Geheimnis, und bald war das Mädchensübchen voll frohlichen Gezwitschers. Und Jankas Wangen erglöhten.

„Wann kommt er wieder?“

„Sehr bald! Ich erwarte ihn jeden Tag!“

„Wann schrieb er zuletzt?“

„Gestern!“

„Schreibt er täglich?“

„Fast täglich!“

In jugendlicher Anmut sahen diese beiden jungen Menschen dieser Art, deren Schicksal entgegenstehend, das aus ihren hinsten Wädhenträumen hervortauchte.

(Fortf. folgt.)

Zur Aufgabe der Ancrestellungen.

In den „Wälder Nachrichten“ vom 4. März schreibt Oberst Eglitz: Mit dem Abschluss der Kämpfe am Stettin ist auf allen Kriegsschauplätzen in der Kriegshandlung ein Stillstand eingetreten; die gegenwärtig auf allen Fronten stattfindenden Patrouillengefechte dienen mehr Aufklärungszwecken, als daß sie als Einleitung großer Operationen angesehen werden. Die heftige Weendigung des ersten rumänischen Feldzuges hat die Südostfront der Mittelmächte um über tausend Kilometer verkürzt, dadurch sind zweifellos ganz bedeutende Aräfte frei geworden. Damit haben die Mittelmächte die Möglichkeit erlangt, auf dem Kriegsschauplatz ihrer Wahl und zu der Zeit, die ihnen als vassend erscheint, zum Angriff überzugehen. Außerdem würde es naheliegen, daß die deutsche Oberste Heeresleitung auch auf dem westlichen Kriegsschauplatz eine Verkrüftung der Kampffront vornehme, um hierdurch noch mehr Kräfte frei zu bekommen für die bevorstehende Entscheidungsschlacht. Dadurch könnte deren „lebendige Kraft“ bedeutend erhöht werden. Doch ist es wenig wahrscheinlich, daß sie eine derartige Anordnung treffen wird, nachdem sie sich im Spätsommer 1918 dazu nicht entschlossen hat, als die Situation nach dem Eintritt Rumäniens in den Krieg kritisch war. Heute ist ungewiss, ob die Lage der Mittelmächte viel günstiger; sie besitzen wiederum die Freiheit des Entschlusses. Damals, im September 1918, sprachen allerdings gewichtige Gründe für eine solche Maßnahme, die übrigens auf Seiten der Verbündeten erwartet und in ihrer Presse vielfach erörtert wurde.

Hindenburg-Ludendorff haben schon mehrfach den Beweis geliefert, daß man große Räume preisgeben kann, ohne dadurch das Vertrauen von Arme und Volk in die Führung zu zerstören. Nach den Schlachten von Tannenberg und Angerburg drang die Arme Hindenburg in das Gouvernement Suwalki ein und trieb Spichen bis gegen den Njemen vor. Pilschitz, ohne sichtbare Notwendigkeit und ohne es auf entscheidende Kämpfe ankommen zu lassen, gingen die Deutschen vor den Russen bis an die Angerapp zurück, wo sie stehen blieben und hielten, bis sie im Februar in der Winterschlacht in Masuren wieder zum Angriff und Sieg vorgingen. Der damals im Osten aufgegebene Raum hatte eine Tiefe von nahezu 100 Kilometern; im Westen würde das einem Rückzug der Deutschen von Papanne bis Ross, also über die belgische Grenze, entsprechen. Der Grund dieses Aufgebens eines breiten Landstriches lag damals in der Verwendung der Masse der östlich Ostpreußen stehenden Arme zu einer Offensive in Südpolen, die bis vor Jwanogorod und Warschau geführt wurde. Auch sie endete mit einem raschen Rückzug und der Freigabe fast des gesamten eroberten Gebietes. Aber auch dieses Mal war der russische Erfolg gegen die Heeresgruppe Hindenburg nur kurz, denn der gewaltige, gegen Ostpreußen und Osterschlesien in Bewegung gesetzte russische Gemaltshaus wurde plötzlich von Radens aus Nordpolen mit solcher Kraft angefallen, daß die Russen hinter die Rawda-Bura-Rida-Linie weichen und sich dort verschanzen mußten, trotzdem sie eine Heilung einen gewissen Erfolg hatten. Das Ergebnis der beiden Rückzüge war für die Deutschen somit die Eroberung eines großen Teiles Westpolens; außerdem wurden große Teile der russischen Streitkräfte so festgelegt, daß die russische „Dampfwalze“, die Deutschland zerdrücken sollte, endgültig nicht mehr vorwärts kam.

Im Herbst 1918 hat mir ein General, der heute auch im Westen ein gewichtiges Wort hat, davon gesprochen, wach unangünstigen Einfluß die Tagesberichte auf die Entschlüsse der hohen Führung haben können, weil dadurch unter Umständen der Rückzug aus Stellungen oder Räumen verhindert wird, die der Gesamtlage nach besser preisgegeben würden, um die Freiheit des Entschlusses und der Bewegung wiederzugewinnen, die man im Stellungskrieg so leicht verliert. Diese Unterredung ist mir in Erinnerung gekommen, als ich die Redungen von den letzten Ereignissen an der Ancre las.

Es ist etwas anders geworden an der deutschen Westfront, das kann auch der oberflächliche Leser der deutschen Tagesberichte erkennen; was dort jedoch werden und geschehen soll, das kann der Fernstehende kaum vermuten, geschweige denn erkennen. Der Wegfall der Frontenteilung in den deutschen Tagestelegrammen läßt eine Umgruppierung der deutschen Truppen annehmen. Als sicher kann angenommen werden, daß es nicht die englischen Angriffe waren, die zur Räumung der deutschen Stellungen an der Ancre führten, denn diese waren nicht stark genug dazu.

Schon Mitte Februar war das Zurückweichen der Deutschen gegenüber den englischen Angriffen an der Ancre erkennbar. Daß das Aufgeben der deutschen Stellungen plangemäß und nicht unter dem Druck der Engländer erfolgt ist, geht zur Genüge daraus hervor, daß diese bei der Besetzung keine Neue gemacht haben. Die Vorhut, mit der die Engländer gegen die geräumten Stellungen vorgerückt sind, ist daran erkennbar, daß sie zur Besetzung eines schmalen Geländestreifens die Zeit vom 25. bis 28. Februar, also vier Tage, gebraucht haben.

Im weiteren Vorgehen der Engländer wird jetzt wohl eine Pause eintraten müssen, denn bevor sie mit Aussicht auf Erfolg angreifen können, muß zunächst die gewaltige Artilleriemasse vorwärts gebracht werden, die zur Vorbereitung der Offensive gegen die jetzt von den Deutschen besetzten Höhen notwendig ist. Das braucht Zeit.

Die neue deutsche Stellung ist wohl stärker als die bisherige, aber nicht nennenswert stärker. Sie bildet immer noch westlich der Linie Papanne und Aras einen feindwärts ausstrahlenden Bogen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß dieser von den Deutschen gelegentlich aufgegeben wird. Das ist vielleicht schon der Fall, ohne daß es zur Kenntnis gekommen wäre. Immerhin wäre auch das keine Verkrüftung, die für den Gesamttruppenbedarf zur Besetzung der 660 Kilometer langen Kampffront auf dem westlichen Kriegsschauplatz von Bedeutung wäre.

Wenn die Neuherungen der Presse Frankreichs die Stimmung richtig wiedergeben, so schwankt man noch zwischen den Entschlüssen, eine große Angriffsschlacht mit großen Zielen zu schlagen oder noch abzuwarten und, wenn irgend möglich, die Deutschen angreifen zu lassen. Selbstverständlich sind beide, wie Herbe, deren Anteil nicht durch allzu viele Hoffnungen erschwert wird, für den Angriff und Durchbruch. Es ist aber kein Zufall, daß gerade die besonnenen Leute in Frankreich zuwarten wollen. Was Herbe sagt, ist im Grunde ja gar nichts Neues; es wurde nicht nur schon oft gesagt und geschrieben, sondern auch im größten Maßstabe und mit gewaltigen Opfern versucht, ohne daß das erzielte Ziel erreicht werden konnte. Neue Mittel und ein neues Verfahren, das bessere Ergebnisse verspricht, hat auch Herbe nicht zur Verfügung. Und so könnte es im Grunde genommen den Deutschen trotz den damit für sie verbundenen Opfern nur recht sein, wenn die Franzosen recht bald wieder in einer großen Schlacht nach dem Rezept Herbes gegen ihre in den letzten Monaten bedeutend verstärkten Stellungen anlaufen würden, denn damit könnte der von allen Kriegführenden ersuchte Friedensschluß nur beschleunigt werden.

Kleine Kriegsnachrichten.

Bulgarischer Ministerwechsel. Im Amtsblatt werden morgen zwei wichtige Erträge veröffentlicht, denen zufolge der Minister für Eisenbahnen, Posten und Telegraphen, Apostolow, auf eigenes Verlangen seines Amtes enthoben wurde und an seiner Stelle der Abgeordnete Kognitschi zum Minister ernannt wird.

Spanische Provinzwahlen. „Matin“ meldet Sabas zufolge aus Madrid: Die Provinzwahlen ergaben einen großen Sieg der liberalen Partei. 17 Republikaner und 25 Mauristen.

Das Senatsabkommen. Nach einer amtlichen Mitteilung ist Frankreich dem englisch-italienischen Uebereinkommen betr. die Senatsabmachungen beigetreten.

Der Telegraf-Bruch. Nach einer Meldung der Niederländischen Telegraphenagentur verurteilte der Honger Gerichtshof den Chefredakteur des „Telegraaf“, Schroeder, wegen eines Artikels, in dem der Ausdruck „gewissenlose Schurken Zentral-europas“ vorkam, zu drei Monaten Gefängnis. Der Prozeß begann im Herbst 1911.

Politische Uebersicht.

Abgeordnetenhaus.

Dritte Lesung des Stats.

Der weltgeschichtliche Märzwind, der von Osten herüberweht, hat gestern im Reich des preussischen Abgeordnetenhauses keine hohen Wellen geworfen. Zunächst eine Rede des Danen Rissen, der kurz aus den bekannten Gründen seine ablehnende Haltung zum Etat begründet, und dann — Adolf Hoffmann! Hauptinhalt seiner Rede sinnloses Geschimpfe gegen die Sozialdemokratische Partei und eine dunkle Geschichte von einem Wurtpaket, das der Leiter der Landesfleischstelle Göppert bekommen haben soll. Das Ganze mit Wissen bekannten Kalibers gepfeffert und darauf angelegt, alles gegen sich aufzubringen, nicht nur die Regierung und den Präsidenten, nicht nur die Rechte, sondern auch die Linke und besonders die aufs lebhafteste angegriffene sozialdemokratische Fraktion. Die hat sich freilich dadurch nicht davon abhalten lassen, gegen die beantragte Wortentziehung zu stimmen, ohne sie jedoch verhindern zu können.

Herr v. Schorlemer hörte zu und erfaßte rasch die Gelegenheit, sich vor der Öffentlichkeit herauszusprechen. Als Vertreter der Regierung sprach er gegen Adolf Hoffmann wie nicht anders zu erwarten war, unter großen Beifall. Er hatte nach Bethmann „seinen Tag“ und er dankt ihn Adolf Hoffmann.

Für den Redner der sozialdemokratischen Fraktion, dem Genossen Otto Braun, war es eine schwere Aufgabe, die Debatte aus der Atmosphäre des Uns und des Stands auf höhere Höhen emporzuführen. Er tat in es einer Rede von größter sachlicher Schärfe, in der er sich gegen das altpreussische System wandte und die schleunige Einführung des gleichen Wahlrechts forderte.

Der Rede Brauns folgte eine Auseinandersetzung zwischen dem Abg. Giesberts (Z) und dem Landwirtschaftsminister über die Eingabe der Gewerkschaften zur Ernährungsfrage. Wenn Herr v. Schorlemer seine Worte von neuem auch nicht ausdrücklich zurücknahm, so befehligte er sich doch diesmal einer auffälligen Zurückhaltung. Sachlich allerdings hält er an seinem Ernährungsprogramm, das die einseitige Berücksichtigung der Erzeuger bedeutet, unbedingt fest. Interessant war es, zu erfahren, daß er in wichtigen Punkten, besonders in der Kartoffelpreispolitik, gegen seine eigene Ueberzeugung den Standpunkt des Kriegsernährungsamts vertreten hat und gerade deshalb Angriffe erliden mußte; er wollte von vornherein höhere Kartoffelpreise. Armer Schorlemer! Hoffentlich tröstet sich der Minister in dem Bewußtsein, daß Unrecht leiden süßer ist als Unrecht tun.

Den Schluß der Debatte, deren Ergebnis die Annahme des Stats gegen die Stimmen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen bei Stimmenthaltung der Polen und der Danen war, bildete eine Erwiderung des Abg. Hoersch (L) auf einige Neuherungen Hoffmanns, die seinen Zweifel darüber läßt, daß die Konservativen aus der Hoffmannschen Rede Kapital gegen die Erweiterung der Volksrechte schlagen wollen. Die nächste Sitzung findet am Dienstag statt.

Auf der Tagesordnung stehen kleinere Vorlagen und Petitionen.

In einer persönlichen Bemerkung hat sich A. Hoffmann u. a. auch die alberne Bemerkung geleistet, Genosse Stahl habe bei der Wahl von Potsdam-Spandau nur 300 sozialdemokratische Stimmen erhalten, alles andere wären „bürgerliche“ und besonders „gelbe“. Da Stahl 16 907 Stimmen erhalten hat, wären danach 14 907 bürgerliche Stimmen abgegeben worden, 300 sozialdemokratische und 5010 Spartakus-Stimmen, denn die Spartakuser müssen natürlich mehr Stimmen gefriert haben als die Sozialdemokraten! Zu diesem Zweck schenkt A. Hoffmann den Bürgerlichen und Gelben 14 907 Stimmen und verleiht ihnen im Kreis die Zweidrittelmehrheit. Lieber den Gelben einen Sieg andichten, als den Erfolg der Sozialdemokratie eingestehen!

Das Wahlergebnis in Spandau-Orhavelland.

Das B. L. B. meldet folgendes Wahlergebnis: Bei der gestrigen Reichstagswahl im Wahlkreis Potsdam VII wurden abgegeben insgesamt 21 921 Stimmen. Davon entfielen auf den Gewerkschaftsangehörigen Stahl-Spandau, sozialdemokratische Mehrheitspartei, 16 907, auf Schriftsteller Mehrtra-Berlin-Stegly, sozialdemokratische Arbeitgemeinschaft, 5010, zerstückelt waren 4 Stimmen. Stahl ist somit gewählt.

Die Berliner Morgen- und Abendblätter widmen dem Wahlausfall zum Teil umfangreiche Kommentare. In fast allen kommt die Ueberzeugung zum Ausdruck, daß nach dem Resultat der Kandidat der Sozialdemokratischen Partei Stahl auch die Mehrheit der rein sozialistischen Stimmen auf sich vereinigt haben muß. Dies erkennen auch rechtsstehende Blätter an, die im übrigen die bürgerliche Unterstützung Stahls herauszutreiben suchen, wie z. B. die „Post“ und die „Deutsche Tageszeitung“. Das „Berliner Tageblatt“ spricht von einem „außerordentlich schweren Scheitern (Mißerfolg) der Sonderorganisation“.

Das Echo der Bethmann-Rede.

Die Veffestimmen zu der Rede des Reichskanzlers entsprechen etwa der Aufnahme, die sie im Abgeordnetenhaus fand. Die Blätter der Rechten schätzen vor Gleichgültigkeit und suchen den Eindruck der Rede dadurch abzumildern, daß sie möglichst wenig Aufhebens von ihr machen. Die „Deutsche Tageszeitung“ läßt die Hauptstellen, die von der Neuorientierung handeln, außer acht, nimmt ein paar nebensächliche Sätze heraus, denen sie zustimmen kann, und bemüht sich unter dieser Maske durch allerlei späte Andeutungen dem Reichskanzler möglichst deutlich ihre Billigung zum Ausdruck zu bringen. Ähnlich verfahren die „Post“, der „Reichsbote“, während die alldeutschen „Berliner Neuesten Nachrichten“ in den 20 Zeilen, die sie der Rede widmen, sich krampfhaft bemühen, nachzuweisen, daß Bethmann Hollweg über die Neuorientierung weniger gesagt habe, als das letzte Mal im Reichstag. Sie werden lägen gestraft durch die „Kreuzzeitung“, das einzige konservative Blatt, das in der jetzigen Situation den Mut der Ehrlichkeit hat. Die „Kreuzzeitung“ stellt fest, daß der Reichskanzler und Ministerpräsident Versicherungen ... mit noch nicht dagewesener Deutlichkeit der gesamten Demokratie gegeben hat.

Auch die nationalistiche „Tägliche Rundschau“ kann über Zweifel und Sorgen nicht hinwegkommen, welche die Kanzlerrede bei ihr hervorgerufen hat. — Die „Germania“, das führende Zentrumorgan, stellt fest, daß „die Herren der ersten Kammer in einer Weise isoliert dastehen, wie sie es sich kaum getraut haben mögen.“ Ueber das Reformprogramm des Reichskanzlers äußert sie sich mit einer diplomatischen Vorsicht, an der wir die

Seite erkennen, die soeben erst die Forderung des gleichen Wahlrechts preisgegeben haben:

„Wer über diese Fragen und ihre Lösung im einzelnen glaubt anderer Meinung zu sein, als er sie von der Regierung erwartet, soll und darf darum nicht in Gegensatz zu ihr treten, wenigstens heute nicht und so lange nicht, als es gilt, die Voraussetzungen für das neue Deutschland erst zu schaffen und sicherzustellen.“

Die liberale Presse bringt Bethmanns Ausführungen große Sympathien entgegen. Die „Vossische Zeitung“ nennt sie „eine Kundgebung gegen die konservative Staatsauffassung“, sie sieht in ihr „eine Vertiefung und einen Ausbau der letzten Reichstagsrede des Kanzlers.“

Das „Berliner Tageblatt“ untersucht die Frage, welche Macht dem Kanzler zur Verfügung stehe, um sein Programm durchzuführen, und kommt dabei zu folgendem Schluß:

Solange Herr v. Bethmann Hollweg sich nicht auch auf eine bestimmte parlamentarische Mehrheit stützen kann, die, unterstützt von allen Einflüssen einzelner mächtiger Persönlichkeiten, rein sachliche Politik treibt, kurz, solange er nicht die Spitze einer parlamentarischen Regierungsform darstellt, kann er nur bedingt politische Wirkung auf sich ausüben. Darum wiederholen wir, daß diejenige Partei des Reichstages, die zur Unterstützung und zur unbedingten Durchsetzung einer Erneuerungspolitik entschlossen sind, jetzt die dringende Aufgabe haben, sich zu einigen und mit einem bestimmten Programm aufzutreten.

Im übrigen stellt das Blatt fest, daß der Kanzler am Mittwoch nicht nur sich selbst, sondern auch einem etwaigen Nachfolger den Weg vorgezeichnet habe, daß die Entschiedenheit seiner Forderungen jeder Regierung die Pflicht seiner Erfüllung auferlegt. Insofern bedeute seine Rede diesmal „nicht nur Worte, sondern noch etwas mehr.“

Bundesratsarbeit. Berlin, 15. März. In der heutigen Sitzung des Bundesrates gelangten zur Annahme: die Vorlage betreffend Änderung der Grundzüge für die Besetzung der mittleren, Konzele- und Unterbeamtenstellen bei den Kommunalbehörden mit Militäranwärtern usw.; der Entwurf eines Gesetzes betreffend die Herabsetzung von Mindeststrafen im Militärstrafgesetzbuch; eine Ergänzung der Verordnung betreffend Ausführung des Gesetzes vom 18. Juni 1873 über die Kriegsverleistungen vom 1. April 1870; der Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Reichsbeschlusses; der Entwurf einer Bekanntmachung über die Invalidenversicherung bei der freiwilligen Krankenpflege und der Entwurf einer Verordnung betreffend Änderung der Vergütungssätze für Naturalverpflegung während der Dauer des Krieges.

Die Aufwendungen des Reiches für die Kriegswohlfahrtspflege.

Im Jahre 1916 haben, wie eine amtliche Statistik ergibt, die für die Rechnung des Reiches gezahlten Wohlfahrtssätze an Familienunterstützungen insgesamt 1 610 941 534 M. betragen. In den Monaten Januar bis September wurden Beträge ausgegeben, die monatlich zwischen 127 und 129 Millionen schwanken. Oktober und November forderten je 133 Millionen, der Dezember ergab — infolge der von den Sozialdemokraten durchgesetzten Erhöhung der Familienunterstützung — eine Steigerung auf 213,7 Millionen.

Das sind gewiß bedeutende Summen. Doch wieder im einzelnen betrachtet — das wenige, wie klein wie arm!

Die Kriegswirtschaftsstelle als Zensor. Bei der Kriegswirtschaftsstelle für das Zeitungsgewerbe hatte die „Münchener Post“ ein bestimmtes Quantum Papier für einen Auktus bestellt. Antwort:

„Bevor wir eine Entscheidung darüber treffen können, ob wir den Papier-Einsparstelle die Genehmigung zur Besetzung erteilen können, eruchen wir Sie ergebenst, uns einen Abdruck der Pluralistik zur Einsichtnahme zu überreichen.“

Wahrscheinlich soll dabei nicht die Genehmigung, sondern nur die Redaktionsfrage geprüft werden. Aber wer entscheidet sie? Und wie sind sie von einander zu trennen?

Reichstagswahlwahl in Neustrelitz. Die Erziehung für den verstorbenen Reichstagsabgeordneten Roland-Rüde findet am 30. April statt. Kandidat der Nationalliberalen ist Dr. Stubmann-Hamburg, dessen Wahl gesichert ist, nachdem die anderen Parteien gewillt sind, den „Burgfrieden“ zu wahren.

Letzte Nachrichten.

Die Bewaffnung der amerikanischen Handelschiffe.

New York, 12. März. (Hauptstadt vom Vertreter des B. L. B.) Laut Associated Press hat die vom Staatsdepartement den fremden Regierungen übersandte Mitteilung folgenden Wortlaut:

„Im Hinblick auf die Bekanntmachung der Kaiserlich Deutschen Regierung vom 31. Januar 1917, daß alle Schiffe mit Einschluß derjenigen der Neutralen, die in bestimmten Zonen der hohen See angetroffen werden, versenkt werden würden, ohne Vorfrage für die Sicherheit der an Bord befindlichen Personen zu treffen und ohne eine Untersuchung anzustellen, hat die Regierung der Vereinigten Staaten beschlossen, auf alle amerikanischen Handelschiffe, die durch die gesperrten Gebiete fahren, eine bewaffnete Wache zu bringen, zum Schutze der Schiffe und des Lebens der an Bord befindlichen Personen.“

Ein neuer englischer Kredit.

Basel, 15. März. Aus London wird Basler Blättern berichtet, Lord Law wird im Unterhaus einen neuen Kredit von 1250 Millionen vorlegen.

Die indischen Einfuhrzölle.

Amsterd., 15. März. „Allgemeines Handelsblatt“ meldet aus London, Aquitt habe gestern bei der Debatte über die indischen Einfuhrzölle gegen diese drastische Veränderung der indischen Politik während des Krieges Einspruch erhoben und einen Zusatzantrag eingebracht, daß die indischen Zölle, wenn am Ende des Krieges eine Reichskonferenz sich mit dem ganzen Plan der Handelsbeziehungen des britischen Reiches befaßt, falls sich dieses als notwendig herausstellen sollte, einer Revision unterzogen werden sollen. Lloyd George habe dem Zusatzantrag Aquitts zugestimmt, er sei aber mit 265 gegen 125 Stimmen abgelehnt worden.

Teuerungskrise in Frankreich.

Brux., 15. März. Laut „Express de Lyon“ brachte Finanzminister Ribot einen Antrag auf Eröffnung eines Nachtragkredits von 20 250 000 Franc für 1917 ein, um den Zivilangestellten des Staates Teuerungszulagen auszahlen zu können. Ferner wurde ein Antrag, betreffend einen Nachtragkredit für die Eisenbahnen, eingebracht, dessen Höhe noch unbekannt ist.

Fabrikexplosion.

Paris, 15. März. „Petit Parisien“ meldet aus Saint Etienne: Die Fabrik Automote für Pulminatherstellung wurde durch eine Explosion zerstört, vier Personen wurden schwer verletzt.

Gewerkschaftliches.

Deutsches Reich.

Die Gleichstellung der Arbeiterin im Tarifvertrage.

Am einen bemerkenswerten sozialpolitischen Standpunkt stellt sich in Bezug auf die Bewertung der Frauenarbeit das Gewerkschaftsorgan "Der Arbeiter" dar. Es hat eine Arbeiterin gegen ein Brauereiarbeiterunternehmen auf Anerkennung des für das Brauereigewerbe geltenden Tarifvertrages. Das Unternehmen hielt sich an den Tarifvertrag gegenüber der Arbeiterin nicht für gebunden, weil im Vertrage immer nur von "Arbeitern" und "Männern" die Rede sei, er mithin auf weibliche Beschäftigte nicht bezogen werden könne. Das Gewerkschaftsorgan entschied jedoch, daß die besagte Firma den Tarifvertrag auch für die Arbeiterinnen anzuerkennen habe und sprach dementsprechend deren Beurteilung aus.

In der Beurteilung zu diesem beachtenswerten Urteil wird u. a. ausgeführt: Zwar werde im Tarifvertrage von Lohnhöhungen "pro Mann" gesprochen, es seien aber unter dieser Bezeichnung alle für die betreffenden Arbeiten in Betracht kommenden Arbeitnehmer zu verstehen. In den Gehaltsfestsetzungen werde immer nur von "Arbeitern", "Gewerbe- und Handlungsgehilfen" gesprochen, ohne daß man in der Anwendung einen Unterschied zwischen männlichen und weiblichen Gehilfen mache. Die Tatsache, daß Frauen die zunächst nur als Ersatz für die zum Heeresdienst eingezogenen Männer tätig waren, diese Arbeiten zu geringeren Löhnen ausführen mußten, konnte dazu führen, diese Stellen den aus dem Kriege heimkehrenden Arbeitern dauernd zu entziehen. Der für die Mehrzahlung der Männerarbeit vielfach angeführte Grund, daß diese für die Familie zu sorgen haben, treffe jetzt auch auf die arbeitenden Ehefrauen zu. Es müsse darum nicht nur aus rechtlichen und entgeltungsrechtlichen, sondern auch aus sozialen Erwägungen heraus der Tarifvertrag auch für weibliche Arbeiter gelten. — Das Landgericht trat in der Beratung diesem Standpunkt bei.

Zur Einführung des Siedehitz-Lohnzuschusses für die Zeit auch nach dem Kriege hat der Zentralverband der Handlungsgehilfen seinen Vermögensgegenstand eine Unterabteilungslösung veranlaßt. Über 100 000 Unterabteilungen sind dem Reichstage bereits überreicht worden. Der genannte Verband hat auch Zustimmungserklärungen von Geschäftsinhabern eingeholt. Einige Tausend solcher Zustimmungserklärungen sind jedoch noch abzuholen. Die Sammlungen werden fortgesetzt.

Berlin und Umgegend.

Die Invalidentarife des Hilfsdienstpflichtigen.

Am 21. Februar berichteten wir an dieser Stelle über einen Gewerkschaftsprozess, der sich in der Hauptinstanz um die Einbehaltung der Invalidentarife eines Arbeiters drehte, der in einem dem Hilfsdienstgesetz unterliegenden Betriebe beschäftigt war und ohne Zustimmung des Unternehmens ausgetrieben wurde. Dieser Prozess wurde in der letzten Sitzung der Kammer 7 unter dem Vorsitz des Magistratsrats Dr. Gerth zu Ende geführt.

Die Klage richtete sich gegen die Gesellschaft "Kohlenpedition", die durch Verfügung der Kriegsdienststelle in den Marken dem Hilfsdienstgesetz unterstellt ist. Unrechtmäßig durfte die Firma dem Kläger, der ohne ihre Zustimmung ausgetrieben wurde, den Arbeitsvertrag unterbreiten. Sie ist aber noch weiter gegangen und hat auch die Herausgabe der Invalidentarife sowie die Auszahlung des fälligen Lohnes verweigert, um den Kläger — wie der Vertreter der Firma im vorigen Termine sagte — zum Weiterarbeiten zu zwingen. Die Firma glaubt, auf Grund des Hilfsdienstgesetzes zur Einbehaltung der Invalidentarife berechtigt zu sein. Der Kläger, der zwar ohne Arbeitsvertrag, aber nicht ohne Invalidentarife Arbeit erhalten konnte, und auch, sobald er im Besitz der Invalidentarife war, sofort Arbeit erhalten hat, beantragte Schadenersatz für die Zeit, wo er feierlos stand, weil er die Invalidentarife nicht hatte. Der Kläger machte geltend, ihm sei nicht mitgeteilt worden, daß der Betrieb der besagten Firma dem Hilfsdienstgesetz unterliege, also könne er auch nicht als Hilfsdienstpflichtiger angerechnet werden, da er sich weder freiwillig zum Hilfsdienst gemeldet habe noch dazu gezwungen worden sei. Im übrigen bestritt der Kläger — auch für den Fall, daß er Hilfsdienstpflichtig wäre — der Firma das Recht, seine Invalidentarife einzuhalten. Im vorigen Termine schied es, als ob das Gericht der letzteren Ansicht des Klägers zuneigte, mindestens aber Zweifel in dieser Hinsicht hegte. Im letzten Termin entschied das Gericht jedoch zugunsten des Klägers, indem es seine Schadenersatzforderung kostenpflichtig abwies.

Da der Vorsitzende nur das Urteil, aber kein Wort der Begründung verkündete, so ist es zweifelhaft, ob und aus welchen Gründen es das Gericht für zulässig hält, daß außer der im Hilfsdienstgesetz vorgesehenen Verweigerung des Aufschubrechts noch andere Zwangsmittel — hier die Zurückbehaltung der Invalidentarife — gegen den Arbeiter angewandt werden dürfen, der ohne Zustimmung des Unternehmens die Arbeitstätte wechselt. Es kann sein, daß das Gericht, ohne diese Frage geprüft zu haben, aus einem anderen Grunde zur Abweisung der Schadenersatzforderung gelangt ist. Durch die Auslage einer Zeitung, die dem Kläger den Lohn auszus zahlen hatte, wurde nämlich festgestellt, daß sich der Kläger in der Berechnung seines Lohnes benachteiligt fühlte, daß er aus diesem Grunde erklärte, er höre auf und daß er sich entferne, ohne die Auszahlung des Lohnes und die Aufhebung der Invalidentarife abzuwarten. — Dem steht aber die nicht widerlegte Angabe des Klägers entgegen, daß er am darauf folgenden Arbeitstage Lohn und Invalidentarife gefordert, aber nicht erhalten habe. Uebrigens sagte auch die Zeitung, sie habe der Zentrale der Firma mitgeteilt, der Kläger wolle aufhören. Von der Zentrale habe sie die Zeitung erhalten, die Invalidentarife nicht herauszugeben. — Hiernach würde also der Kläger kein Versehen denfalls treffen, daß er die Invalidentarife nicht bekam und deshalb keine andere Arbeit annehmen konnte.

Schade, daß wir mangels einer Urteilsbegründung den Standpunkt des Gerichts in dieser mit dem Hilfsdienstgesetz in Verbindung gebrachten Streitfrage nicht kennen konnten.

Ausland.

Unruhe der amerikanischen Eisenbahner.

Die Gewerkschaftsvereine der Eisenbahner haben dem Präsidenten Wilson am 7. März mitgeteilt, daß sie im Einvernehmen mit den Vertretern der Eisenbahndirektoren den 15. März für Unterhandlungen festgesetzt haben. Sie sprachen die Erwartung aus, daß ein befriedigender Vergleich zustande kommen werde und versicherten Wilson, daß sie, falls das Land in einen Krieg verwickelt werden sollte, in jeder Hinsicht mit der Regierung zusammenarbeiten würden. Streitpunkt ist der Achtstundentag, in dem die Gesellschaften nicht willigen wollen.

Die Vertreter von drei Millionen Arbeitern, darunter die American Labour Federation und die Gewerkschaften der Eisenbahner haben eine Resolution angenommen, in der sie die Aufrechterhaltung der Rechte der Arbeiter in Kriegszeiten wie im Frieden fordern. Sie protestieren gegen den Militarismus und erklären, daß der industrielle Dienst ebenfalls verdienstlich sei, wie der militärische. Deshalb müsse der industrielle Dienst nach den Bestimmungen der Gewerkschaften eingestuft werden, und mühen die Gewerkschaftsvereine in allen Körperschaften, die das Recht haben, über die Landesverteidigung Beschlüsse zu fassen, vertreten sein.

Aus der Partei.

Die Partei der Arbeitergemeinschaft hat am Donnerstag in Berlin wiederum eine Delegiertenkonferenz abgehalten. Es waren 24 Vertreter aus Berlin und dem Reich anwesend. Die Besprechung sollte der Vorbereitung der geplanten Reichskonferenz der Opposition dienen.

Noch einmal Julian Vorchardt's Reize. In der "Bergischen Arbeiterstimme" behauptet Dittmann, wir hätten auf Grund seiner früheren Mitteilungen Julian Vorchardt zu Unrecht vorgeworfen, das Wortwort zu der Erdmannschen Propagandaschrift für den ungeschicklichen II-Pool-Krieg nur des Geldes wegen geschrieben zu haben. Dies sei eine mißverständliche Auslegung seiner (Dittmanns) Ausführungen. — Unsere Notiz vom 10. März enthält einen solchen Vorwurf überhaupt nicht, sondern schießt sich genau an das an, was Dittmann geschrieben hat. Leider ist infolge eines Versehens schon anlässlich der Besichtigung Julian Vorchardt's vom 13. März verabsäumt worden, die Unterstellung Vorchardt's zurückzuweisen, als habe der "Vorwärts" geschrieben, daß ihm Vorchardt für das Geldwort zum Zwecke Karl Erdmanns befreundend viel Geld angeboten worden sei. Wir haben nur wiederholt, was Dittmann feinerzeit geschrieben hat und legt mit einem charakteristischen Beispiel bekräftigt, daß nämlich die Suche nach einem Verfasser für das Wortwort unverschämlich viel Geld verschlungen habe. Auch hieraus kann man seine Schlüsse ziehen. Warum steht Vorchardt aber hieraus, daß ihm übermäßig viel Geld geboten sei?

Vielleicht teilt uns jedoch Julian Vorchardt einmal positiv mit, wieviel er in Rost und Pommern für das Wortwort erhalten hat. Darüber nämlich, was ein "angemessenes und den üblichen Sätzen entsprechendes Honorar" ist, könnten möglicherweise Julian Vorchardt und unsere Auffassung stark auseinandergehen. In dieser Annahme berechtigen uns gewisse Mitteilungen, die wir von anderer Seite zu der Sache erhalten haben.

Österreichischer Halberstadt. Eine Generalversammlung des Sozialdemokratischen Arbeitervereins für den Wahlkreis Oberösterreich-Halberstadt nahm am Sonntag mit 14 gegen eine Stimme eine Resolution an, in der zum Ausdruck gebracht wird, daß die Politik der sozialdemokratischen Reichsfraktion und die Friedensbemühungen des Parteivorstandes der Sache des Volkes in dieser schweren Krisiszeit am besten diene. ... Wer für die Ausführungen der Beschlüsse der Oppositionskonferenz vom 7. Januar tätig ist oder die Ausführung dieser Beschlüsse unterstützt, hat die Zugehörigkeit zur Partei von selbst gelöst.

Aus Industrie und Handel.

England verbietet Baumwollausfuhr.

Die Ausfuhr und die Wiederanfuhr von Baumwolle aus Großbritannien wurde verboten.

Vertragszwang.

Einzelne Petroleumgesellschaften haben die Händler nur beliefert, wenn sie sich verpflichteten, anschließend von ihnen Petroleum bis zum Jahre 1930 abzunehmen, ohne daß Qualität oder Preis der Ware genau bestimmt worden wäre. Da in der Zentralstelle für Petroleumverteilung vereinigte Gesellschaften erklären, daß sie Verträge, durch die Abnehmer auf längere Zeit zum ausschließlichen Petroleumbezug von einer Gesellschaft verpflichtet werden, nicht mit solchen Händlern abschließen werden, mit denen sie nicht schon früher in einem gleichartigen Vertragsverhältnis gestanden haben. Trotzdem ist es möglich, daß der augenblickliche Petroleummangel zum Abschluß von Monopolverträgen ausgenutzt wird. Alle Händler sollten gegen solche Verträge die Deffektivität mobilisieren.

Deutschland soll zahlen!

In den 68 ihres indischen nationalen Eifers lächerlichen "Financial News" schätzt Deschamps den Kriegsschaden der Verbändländer:

	Pfund Sterling
Frankreich	7 488 368 000
Belgien	948 468 000
Rußland	8 214 410 000
England	8 808 000 000
Italien	474 400 000
Japan	300 000 000
Serbien	124 100 000
Montenegro	32 000 000
Rumänien	48 600 000
Portugal	15 000 000
Zusammen	18 082 220 000

Katzenfisch soll Deutschland alles bezahlen: Diese Zahlen sind so berechtigt, daß sie auf die Kriegsgewinner und Juristen, die die Friedensbedingungen aufzuschieben haben werden, nicht ohne Eindruck bleiben sollten. Um deren Gedanken über die Frage zu klären möchte ich ihre Aufmerksamkeit auf diese sorgfältigen Verrechnungen lenken, die ihnen ein Anhalt für die von Deutschland und Oesterreich-Ungarn zu fordernden Kriegsschadigungen sein können.

Die Prager Eisenindustrie-Gesellschaft, die auch enge Beziehungen zur Berliner Handelsgesellschaft unterhält, hat im Verein mit der Teslo-Aktiengesellschaft in Frankfurt a. M. rheinische Kohlenfelder im Betrage von 7 Millionen Mark erworben, um sich selbst mit Kohle zu versorgen und plant die Errichtung großer Verarbeitungsanlagen sowie von Anlagen zur Verwertung der Nebenprodukte.

Soziales.

Verbollkommnung der Sicherheitsvorrichtungen durch Erfahrungsaustausch.

Das Kriegsamt weist in der neuesten Nummer seiner Mitteilungen darauf hin, daß durch den Austausch der bei Betriebsunfällen gemachten Erfahrungen sich solchen vielfach vorbeugen lasse. Ein kleintliches Versehen oder Geheimhalten solcher in der Kriegszeit bei der Fabrikation von Kriegsmaterial entstehenden Betriebsunfälle schädige nur unter Arbeiterherz in der Heimat, während die Verwertung der Erfahrungen Arbeiter und Arbeitgeber sichere. Durch Verbollkommnung der Sicherheitsvorrichtungen werde aber die Arbeitsfruchtbarkeit und damit die Produktion gehoben. Es sollen daher die bei Herstellung von Kriegsmaterial entstehenden Betriebsunfälle den Kriegsamtsstellen mitgeteilt werden, damit diese die dabei gemachten Wahrnehmungen und Erfahrungen gleichartigen Betrieben ihres Bezirkes übermitteln können.

Blindheit und Invalidentversicherungspflicht.

In verschiedenen Fällen hat sich das Reichsversicherungsamt dahin ausgesprochen, daß Blindheit nicht ohne weiteres die Invalidentversicherungspflicht ausschließt. Es ist immer von Fall zu Fall zu prüfen, ob Invalidity besteht oder nicht. Auf Grund dieser Erwägungen hatte die Landesversicherungsanstalt Berlin am 24. April 1918 eine Verfügung erlassen, die dahin führte, daß diese Anstalt eine Liste der bei ihr ausgebildeten und arbeitenden Blinden einrichte. Unter ihnen befand sich auch ein Streindrucker Er. Er gehörte auch mit an denen, für die auf Verlangen der Landesversicherungsanstalt Marken nachträglich beigetragen werden mußten. Am Ende des Jahres 1914 wurde er infolge hinwretender anderer Krankheiten völlig invalide und er verlangte die Invalidentrente, die jedoch von der Landesversicherungsanstalt verweigert wurde weil die Marken, die in der Anstalt geleistet worden waren, nicht auf die Wartzeit angerechnet werden konnten. Die Reichsversicherungsordnung enthält jedoch eine Vorschrift, wonach, wenn die Versicherungsanstalt die Versicherungspflicht oder

die Versicherungsberechtigung anerkennt hat, der Rentenanspruch nicht mit der Begründung abgelehnt werden darf, daß die Marken zu unrecht verwendet sind. Diese Vorschrift kam dem Er zugute. Das Reichsversicherungsamt lehnte zwar die Berufung ab, das Reichsversicherungsamt gab der Revision jedoch statt, wobei es ausführte: "Das Anerkennen der Versicherungspflicht ist allerdings nicht dem Kläger gegenüber abgegeben worden. Der § 1445 Abs. 1 Satz 2 der Reichsversicherungsordnung schreibt aber nicht vor, daß das Anerkennen nur dann in die Versicherungsanstalt bindend ist, wenn es dem Rentenbewerber unmittelbar gegenüber abgegeben ist. Es muß überhaupt nur von der Versicherungsanstalt ein Anerkennen der Versicherungspflicht abgegeben sein, sei es dem Arbeitgeber, sei es dem Arbeitnehmer gegenüber, oder auch nur ihren ausführenden Organen gegenüber, die dann die Arbeitsgeber auf Grund der Verfügung zur Markenerwendung anhalten. ... Der Kläger konnte sich also auf ein solches Anerkennen berufen. ..."

Das Reichsversicherungsamt, an das die Sache zu erneuter Prüfung zurückverwiesen worden war, lehnte den Anspruch jedoch wiederum ab, wobei es von der Annahme ausging, die Verluste habe die Versicherungspflicht des Klägers nicht anerkannt. Auch diese Entscheidung hob das Reichsversicherungsamt auf. In den Gründen heißt es unter anderem: Die Verfügung bezog sich jedenfalls auf alle diejenigen Blinden der Anstalt, denen eine Ausbildung in Blindenarbeiten erteilt worden war. Der Kläger ist im März 1908 in die Anstalt aufgenommen worden und war offenbar seit dem Beginn der Markenerwendung, dem 2. April 1906, in der Stuhlreiherlei, die er in der Anstalt gelernt hatte, vollständig ausgebildet. Demnach hätte die Anstalt für ihn nicht schon von da an Beiträge zu entrichten. ... Auf den Umstand, daß der Kläger in der Anstalt nicht das volle Ausbildungsjahr beendet hatte, leiste das Reichsversicherungsamt keinen Wert. Es hat dann daraufhin die Landesversicherungsanstalt die Rente bewilligt.

Fördert oder vermindert Alkoholgenuss die körperliche Spannkraft und Leistungsfähigkeit?

Mit dieser gerade unter den heutigen Zeitumständen recht wichtigen Frage befahte sich u. a. auch Dr. O. Richter, Privatdozent für Pharmakologie (Arzneimittellehre), in seiner Antrittsvorlesung an der neuen Universität Frankfurt a. M. (abgedruckt in der "Frankfurter Universitäts-Zeitung", 1917 S. 6). Dr. R. bekräftigt die wissenschaftlichen Feststellungen und praktischen Erfahrungen, die hierzu schon oft im Frieden und im Krieg gemacht wurden. Kleine Gaben geistiger Getränke vermögen im allgemeinen die Ermüdung etwas hinauszuschieben; sie wirken zunächst als Anreiz und lassen das persönliche Ermüdungsgefühl zurücktreten. Doch legt so schnell und so nachhaltig eine zweite, das Nervensystem allgemein lähmende Wirkung des Alkohols ein, daß es sehr schwer ist, seine unterstützende Wirkung auf die Muskelkraft voll zur Geltung zu bringen. Dazu kommen noch andere Umstände. Daher werden von den Sportleuten zwar oft geringe Mengen Alkohol, in Form eines Glases Sekt oder von etwas Cognac, unmittelbar vor einem Wettkampf genossen, aber dann in der Regel nur bei Schnelligkeitsübungen, die sich über ganz kurze Zeit erstrecken. Dagegen vermeidet man Alkohol aufs strengste bei allen Dauerübungen, da hier die der Ermüdung nachfolgende Ermüdung noch zu den Symptomen der Uebung selbst fällt und einen um so ungünstigeren Einfluß ausübt, als sie länger und stärker ist als die anfängliche Ermüdung. Daß die sportlichen Uebungsregeln jeden regelmäßigen Alkoholgenuss wegen seiner lähmenden Einwirkung ausschließen, fügt Dr. R. bei, ist allgemein bekannt.

Gerichtszeitung.

Das "Verbreiten" einer Truchfrist.

Durch Verlesung eines Exemplars einer oppositionellen sozialistischen Flugblatt, die Namen und Wohnort des Druckers und Verlegers sowie Herausgebers nicht enthielt, sollte der Hingorner Händler Vogel aus Berlin eine Besammodung des Oberkommendierenden in den Marken übertreten haben. Vogel hatte das gedruckte Flugblatt, dessen Inhalt mit den Worten: "Weiter verbreiten!" schließt, unter Kreuzband in Berlin zur Post gegeben. Es war nach Wien adressiert, erreichte aber den Bestimmungsort nicht, da es an der Grenze beanhandelt und beschlagnahmt wurde. Die Folge war eine Anklage gegen Vogel, der vom Schöffengericht und später vom Landgericht I zu 100 RM Geldstrafe verurteilt wurde. Die dagegen eingelegte Revision des Angeklagten hat das Kammergericht jetzt verworfen. Zur Erfüllung der Verbreitung einer Truchfrist sei nicht erforderlich die Inanspruchnahme der Druckerei durch den, für den sie bestimmt sei. Damit entfällt das Bedenken der Revision, daß der Adressat die Truchfrist nicht erhalten habe. Nun läßt sich die Frage als wesentlich in Betracht, ob die Verbreitung einer Truchfrist schon dann statthabe, wenn sie an eine einzelne Person weiter gegeben werde, wie hier. Darauf sei mit dem Reichsgericht zu sagen: Weitergabe einer Truchfrist an einen Einzelnen sei eine Verbreitung, wenn die Weitergabe an den Einzelnen in der Absicht erfolgt sei, daß der Adressat die Truchfrist weiter weiter geben solle. Eine solche Absicht habe aber das Landgericht bei dem Angeklagten nicht festgestellt und diese tatsächliche Feststellung sei für das Revisionsgericht bindend.

Schleichhandel, Unterschlagung und Hehlerei.

Eine Anklage, die die Strafkammer des Berliner Landgerichts I, beschwerte, richtete sich gegen den Wäldermeister Julius Ernst, lehrstellige Mehlhändler und eine Anzahl von Wäldermeistern, Konditoren und Kaufleuten, im ganzen 17 Personen, und bezieht sich auf Mehlhändler und Mehlhändler in großem Umfang. Der Vorsteher Julius Wolf von der Revisionsabteilung der Provinzialverordnungsstelle des Reichsgerichts war es bei verschiedenen Revisionen von Wäldermeistern aufgefallen, daß diese Mehl in größeren Mengen, als ihnen zugewiesen waren, verarbeiteten. Die daraufhin angestellten Ermittlungen ergaben, daß die Wäldermeister Mehl von Mehlhändlern gekauft hatten, die das ihnen zur Beförderung autorisierte Mehl auf der Fahrt unterschlagen hatten, indem sie entweder das Mehl "krugten", d. h. aus vollen Säcken Mehl abschöpften, oder von Angestellten der Wälder, denen sie Mehl abzuliefern hatten, sich beschleichen ließen, daß sie eine größere Anzahl von Säcken empfangen hätten, als ihnen tatsächlich geliefert worden war. Die nicht abgelieferten Säcke wurden dann an andere Wälder weiter verkauft. Die Kriminalpolizei beantragte einen Kriminalwachmeister mit der Beobachtung des Hauses Gölzstr. 41, wo Ernst wohnt. Nach den Wahrnehmungen des Beamten muß dort eine Art Zentralfabrik für den Schleichhandel getrieben sein, denn er stellte fest, daß vor dem Hause außerordentlich häufig Mehlhändler mit ihren Fuhrwerken hielten und auf legeren oft wenige Sack Mehl sich beizuhanden; daß die Käufer sich entweder zu dem Angeklagten Ernst in dessen Laden begeben oder in das Erdmannsche Schanklokal tröten, wo sie mit einem gleichfalls Angeklagten, dem Hausbesitzer Max Stolzenberg, verhandelten und gleich darauf das Mehl zu Ernst schafften. Nach den Beobachtungen der Polizei entwickelte sich dann ein geheimnisvolles Treiben und das Mehl ging durch verschiedene Mittelpersonen an einzelne der Angeklagten.

Das Gericht verurteilte den Angeklagten Ernst zu 1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus unter Anwendung von 4 Monaten Unterlockerhaft, seine Geldstrafe zu 3 Monaten Gefängnis, Stolzenberg zu 6 Monaten Gefängnis, Seled zu 1 Jahr 6 Monaten, die anderen Richter zu 3 bzw. 4 Monaten Gefängnis. Ein Auslöser wurde freigesprochen, ebenso die übrigen Angeklagten, bei denen als nicht erwiesen angenommen wurde, daß das ihnen gelieferte Mehl nicht ein markentreies Mehl gewesen war.

Beantwortet von: Dr. G. Richter, Privatdozent für Pharmakologie, in seiner Antrittsvorlesung an der neuen Universität Frankfurt a. M. (abgedruckt in der "Frankfurter Universitäts-Zeitung", 1917 S. 6). Dr. R. bekräftigt die wissenschaftlichen Feststellungen und praktischen Erfahrungen, die hierzu schon oft im Frieden und im Krieg gemacht wurden. Kleine Gaben geistiger Getränke vermögen im allgemeinen die Ermüdung etwas hinauszuschieben; sie wirken zunächst als Anreiz und lassen das persönliche Ermüdungsgefühl zurücktreten. Doch legt so schnell und so nachhaltig eine zweite, das Nervensystem allgemein lähmende Wirkung des Alkohols ein, daß es sehr schwer ist, seine unterstützende Wirkung auf die Muskelkraft voll zur Geltung zu bringen. Dazu kommen noch andere Umstände. Daher werden von den Sportleuten zwar oft geringe Mengen Alkohol, in Form eines Glases Sekt oder von etwas Cognac, unmittelbar vor einem Wettkampf genossen, aber dann in der Regel nur bei Schnelligkeitsübungen, die sich über ganz kurze Zeit erstrecken. Dagegen vermeidet man Alkohol aufs strengste bei allen Dauerübungen, da hier die der Ermüdung nachfolgende Ermüdung noch zu den Symptomen der Uebung selbst fällt und einen um so ungünstigeren Einfluß ausübt, als sie länger und stärker ist als die anfängliche Ermüdung. Daß die sportlichen Uebungsregeln jeden regelmäßigen Alkoholgenuss wegen seiner lähmenden Einwirkung ausschließen, fügt Dr. R. bei, ist allgemein bekannt.

Zur Nachwahl in Potsdam-Spandau.

Von Philipp Scheidemann.

Die Nachwahl im Kreise Potsdam-Orshavelland hat mit geradezu aufreizender Klarheit gezeigt, wohin die Lattil der...

In Veltien nahm die Versammlung den denkbar besten Verlauf, weil die geistigen Anregungen aus der Metropole der Intelligenz fehlten. In Spandau und Charlottenhof trat in den Versammlungen der Niederbarnimer Abgeordnete...

„Durch unsere Politik sind zahlreiche Verleumdungen zu Boden geschlagen. vielen Hunderttausenden die Augen geöffnet worden. Wir können so stark werden, wie wir sein müssen...“

Das war das Geleit meiner Reden. Ich fand in allen Versammlungen die größte Zustimmung; lärmenden Widerspruch aber erhoben, zum Teil durch unqualifizierbare Zwischenrufe...

Dann die Reden Stadthagens! Eigentlich kann man nicht von Reden sprechen. Es war jedesmal ein Fertigsalat mit Petroleum angemacht, mit Unwahrheiten und Beschimpfungen gewürzt...

Und weiter: „Die Kriegskredite müssen abgelehnt werden... Wir wollen einen Frieden der Verständigung...“

Man erinnere sich, wie die Stadthagen sich gebärdet haben nach den Forderungen der sechs Verbände, der Schäfer, Reventlow, Westarp und so weiter. Mit den von deutschen Privatleuten aufgestellten Forderungen sollte bekanntlich der „Eroberungskrieg“ begonnen haben...

In Spandau schrie er u. a.: „Es ist Verheerung, es ist Verheerung Viehdiebstahl, wenn Sie nicht Wehring wählen, denn Viehdiebstahl hat ihn aus dem Buchstaus heraus als seinen Nachfolger verlangt...“

„Die paar direkten Steuern, die die Kriegsgewinnler zahlen sollten, das die Kleinigkeit haben wir abgelehnt.“ (In Spandau.) Nachdem ich sofort geantwortet hatte, daß die „Kleinigkeit“ 2,2 bis 2,4 Milliarden Mark betrage...

spann für indirekte Steuern, natürlich haben wir sie abgelehnt.“ — Zwischen durch gab es Verdächtigungen und Beschimpfungen der Fraktion in Halle und Halle.

Ran stelle sich vor, wie die zahlreich antwesenden bürgerlichen Wähler sich ins Häuschen gelacht haben. Jede derartige Rede ist naturgemäß eine Fundgrube für alle diejenigen, die immer auf der Lauer liegen, um neues Material gegen die Arbeiterbewegung, die politische sowohl wie die gewerkschaftliche, zu sammeln...

Die Arbeiter aber schäme ich so hoch ein, daß ich wohl diese Ueberzeugung aussprechen kann: Lange werden sie das auf ihre Kosten betriebe unwürdige Demagogenspiel nicht mit ansehen; sie werden, wie ich hoffe, das ganze hohle Raufhühnentum durchschauen und das Tischtuch endgültig zer schneiden zwischen sich und den „fortschreitenden eisernen Charakteren“.

Abgeordnetenhaus.

82. Sitzung. Donnerstag, den 15. März 1917, vormittags 11 Uhr.

Am Ministerisch: v. Schorlemer, Sydow, v. Trotz u. Solz, Dr. Lenge, v. Breitenbach. Die Abgg. Blum (S.), Herkenrath (S.), Ragen (natl.) und Reuborich (natl.) werden vereidigt.

Die dritte Lesung des Etats.

Abg. Rissen (Däne):

Da auch der diesjährige Etat zahlreiche Positionen zur Bekämpfung des dänischen Volksstammes in Nord-Schleswig enthält, können wir nicht für den Etat stimmen und werden uns der Abstimmung enthalten.

Abg. Adolf Hoffmann (Soz. Abg.):

Wir lehnen selbstverständlich den Etat ab. Wenn noch etwas notwendig wäre, um zu beweisen, daß die alten Methoden weiter gehen, so sind es die Anträge Graf Hoensbroech und v. Didenburg im Herrenhaus. Die Zeit wird einmal kommen, wo zum Entgegen des Volkes aufgedeckt werden wird, wie man den unbelährten U-Voot-Krieg durchgeführt hat. Seien Sie gewarnt! In Petersburg ist es bereits im Gange. Wie der Arian, so wird auch eine Revolution, wenn Sie die Völkermassen zur Verwerfung treiben, eine alleuropäische sein. (Sehr wohl! b. d. Soz. Abg.) Die Zusammenkunft im Hotel Adlon war ja sehr bescheiden, wenn auch die Strippenzieher und Hauptmächter nicht dabei gewesen sind, weil sie durch die Enthüllungen der liberalen Presse gewarnt waren. Man hatte Angst, daß Weismann gestürzt und Hindenburg Reichskanzler würde. Ich glaube allerdings nicht, daß Herr v. Weismann Hoffweg das kleinere Übel sei. Vor dem Kriege urteilte man viel heftiger über ihn, mein verehrter ehemaliger Parteigenosse Ludwig Frank sprach einmal von einer länglichen Unzulänglichkeit. Wäre er gestürzt worden, so hätte sich kaum was geändert. Tirix ist glänzend gerechtfertigt und Weismann ist doch nur

das Heimgeld des militarischen Absolutismus.

Würde da Klarheit geschaffen, so hätte die Lärmpolitik unserer Liberalen und Regierungspolitiker ein für allemal ein Ende. Der Militarismus, der Kadavergehörigkeit ist seit zur Vernichtung, ich verheße darunter nicht unsere Soldaten, sondern den Geist, der da herrscht und der Deutschland zugrunde richten muß. Der Militarismus trägt die Verantwortung für das Blutvergießen, und das deutsche Volk kann erst aufatmen, wenn Absolutismus und Militarismus ihr Jena gefunden haben.

Beim Eisenbahnetat fehlte es nur noch, daß man die sachlichen und sachmässigen Vorwände des Geheimrats Reichsamt als Kutrühr und Landesverrat denunziert hätte. Je weniger heimelstättig die ministeriellen Ausführungen waren, desto verlegender und herabsetzender ihr Ton. Ist Reichsamt kein Reichsamt mehr, weil er nicht mehr im Staatsdienst steht? Man will die Reichsbahn nicht weil denn die Eisenbahner der preussischen Disziplin und dem Einfluß des Dreifloßens entzogen werden. Brechen wir aber auch weiter den Eisenbahnbetrieb als milchende Kuh denugen, denn sonst müßte durch direkte Steuern ihr Portemonnaie angegriffen werden. Das Dreifloßensystem würde erhebliche Ersparnisse bewirken. Statt dessen aber will man die Lärve erhöhen und die Verkehrssteuern auf das Publikum abwälzen. Wir protestieren auf das allerhöchste dagegen. Es fehlt nur noch, daß man den

Kinderwagen und den Puppenwagen

unter die Steuer bringt. (Sehr wahr! bei den Soz. Abg.) Daß das preussische Ministerium nur Fleisch vom Fleisch unserer Qualer und der Besten ist, das hat Herr v. Schorlemer klassisch bewiesen. Ihm wurde eine große Ovation gebracht. Herrn Michaelis eifriges Mißtrauen, und nachdem man die Eingabe der Gewerkschaften als ein Nachwerk bezeichnet hatte, schneit man die Debatte ab und ohrfeigte so die Arbeitervertreter aller Richtungen. Dr. Michaelis fragte, wer ihn in den Arm fallen liess. Hat er noch nie etwas vom Janusmacher und seinen Freunden gehört? (Sehr wahr! bei den Soz. Abg.) Den Hype an ihren Patriotismus brauchen die Zuderschlachten gar nicht, das beweist ihr Zentralblatt. Patriotismus ist eben nur vorhanden, wenn die nötigen Moneten dafür da sind: Wo du nicht bist, Herr Jesu Christ, da schweig alle Stiden“, da schweig auch der Patriotismus. (Der Redner macht mit Daumen und Zeigefinger das Zeichen des Geldzählens. Erregte Rufe im Hause. — Ordnungsruf des Präsidenten. — Abg. Stroebel: „Aber gemordet werden darf im Namen des Christentums.“ Ordnungsruf.) Herr v. Kardorff hat ja beim Kartoffelpreis die Wahrheit meiner Behauptung erwielet. Wenn das allgemeine Wahlrecht verlangt wird, so nennen Sie das eine Beleidigung des Patriotismus, der keine Belohnung wolle, aber Sie wollen den Patriotismus gelassen lassen, wenn er genügend hohe Preise einbringt. Dieses System wird nicht früher geändert werden, ehe Ihnen nicht die Gefahr auf den Rücken brennt. Wer auch in Preußen regieren möge, die Herrscher sind die Junker und ihr Hauptling ist Herr v. Heubrand. Was nützen alle Erlasse? Jedes Schwein frisst nun mal jährlich seine Tonne Kartoffeln. Von Erlassen der Kriegsernährungsämter wird es nicht fett; kriegt es weniger Kartoffeln, dann frisst es mehr Gerste. Man müßte jedem Bauern und Gutsbesitzer einen Kontrollleur auf die Nase legen, der wieder von einem Oberkontrollleur beauftragt würde, damit er sich nicht durch Speck und Röhre betreiben läßt; so was soll vorkommen. (Hört! hört! bei den Soz. Abg.)

Wozu die Bahnhofsrazien? Schweiß doch in die Ferne nicht, denn das Vieh liegt so dicht, sagt Schäfer. (Heiterkeit.) Am 1. Dezember 1916 sind

auf dem preussischen Landesfleischamt

100 Pfund Wurst verteilt worden. 25 Pfund wurden dem Vorsitzenden, Unterstaatssekretär Dr. Göpper, in die Wohnung ge-

landt, er ließ sie wieder abholen, der Geschäftsführer des Zentralviehverbandes, Dr. Detschold, soll das erhalten haben. Der in der Registratur beschäftigte Gerichtsaktuar Puschert ließ vor Weihnachten durch drei Boten Wurst und Fleisch aus seiner Wohnung holen, wo noch große Vorräte gewesen sein sollen. (Hört! hört! bei der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft.) Die Damen der statistischen Abteilung wandten sich an den Vorsitzenden, um bei der Verteilung auch was zu erhalten; da verbot dieser voll Entsetzen die weitere Verteilung. Die Wurst kam nach der Provinzialfleischstelle Brandenburg, angeblich für Schwerarbeiter, aber alsbald holten einige Beamte der Landesfleischstelle die Wurst ab und die Schwerarbeiter bekamen nichts davon. Auch der Sachverständige Halle auf dem Berliner Viehbof erhielt 85 Kilogramm Wurst vom Breslauer Viehhändlerverband. (Hört! hört! b. d. Soz. Abg.) Einer wurde als Kamel in die Wüste geschickt, man unterhandelt aber noch immer mit ihm, weil man die Veröffentlichung fürchtet. Am 18. Februar 1917 ersucht der ostpreussische Viehhändlerverband um die Privatadressen des Unterstaatssekretärs Göpper und sechs anderer Herren von der Landesfleischstelle; gewiß nur, um ihnen zu ihrem Geburtstags zu gratulieren! Die Leute, die solche Ehre begehren, drängen und dabei, die können gut durchhalten. Sie sollten einmal 7 Tage in der Woche erfrorene Kohlrüben ohne Fett genießen, dann würden sie vielleicht auch für den Frieden eintreten.

Um mit dem Papst zu sprechen: es ist die allerhöchste Zeit, daß der entsehliden Menschenkläner ein halbziges Ende gemacht wird. Danach sollte das Zentrum handeln, statt Doudreden an den Papst zu halten. Immer werden hier die in ildesten Kriegserden gehalten, die europäische Menschheit verstrickt sich immer tiefer in den Wahnsinn, überall will man den Gegner niederringen, will man ganz und voll fegen. Heberall gibt man dem Gegner die Schuld. Sollten nicht in allen Ländern die Verantwortlichen gegen diese Wahnsinnssorgie antämpfen? (Rufe des Adg. Leumer.) Fangen wir nur an, lieber Robert, die andern werden folgen: Für habe zu allererst Berratt geübt an den heiligsten Menschheitsinteressen. Dafür erkranken Sie sich des Händedrucks Jedlig und des Beifalls Dr. Arendts. Nach der Ententeantwort muß erstlich für den Frieden gekämpft werden. Wer anders handelt, liefert nur den Gegnern Stoff auf die Mühle, wenn sie das deutsche Friedensangebot als einen Bluff erklären. Selbst jetzt im unbedrängten U-Voot-Krieg hat der englische Friedenssozialist Taylor 1800 Stimmen bekommen. In Spandau-Gottsbam erhielt der Wahlhelfer Müller, der politische Kumpfsch 10 000 Stimmen. Die 4000 Stimmen für Wehring protestieren gegen weitere Verwahrung der Menschheit. Stahl hat der Ordnungsbrot mittamt den Reichsverbändlern gewählt. (Empörte Rufe der Sozialdemokraten: Unverschämtheit, freche Lüge usw.) Sie haben mit Ihrer phantastischen, unfauligen und probolatorischen Politik Deutschland in Verruf, die deutsche Regierung in Mißredit gebracht. (Große Unruhe. — Präsident: Sie verlegen andauernd das nationale Empfinden des Hauses.) Das Anzeigenscheit ist schuld daran, daß man Deutschland in der Welt alles Schalte nachagt und Herr v. Weismann Hoffweg hat ja auch den Eroberungspolitikern bedenkliche Konzessionen gemacht. Das gilt alles genau so auch für die Entente; der deutsche Konfessionsismus ist aber nicht nur verbrecherisch, sondern auch unfaulig, absurd und völlig unrealisierbar. (Weiter Ordnungsruf des Präsidenten.) Ich habe das von der Entente gesagt. Wenn Sie mir das Wort abhandeln wollen, so ist das Unrecht. (Unruhe rechts.) Wenn nach den 6 Millionen Schlachtopfern auch noch weitere 6 Millionen in die Wassengräber ziehen, eine Entscheidung brächte das nicht. Der einzige Rettungsweg für Europa ist die Verständigung. Die deutsche Regierung soll ihre Kriegsziele bekannt geben. Statt das auf Americas Wunsch zu tun, hat man ihnen die U-Voot-Deklaration ungeschickt. Wir verwerfen dieses Vorgehen mit dem äußersten Nachdruck und mit der größten Entschiedenheit! (Sehr wahr! bei den Soz. Abg.) nicht bloß weil wie es für den denkbar größten militärischen und politischen Schaden halten, sondern auch, weil der U-Voot-Krieg nach unserer Meinung alle Begriffe der Menschlichkeit und des Völkerechts übersteigt. (Große Entrüstung im Hause.)

Präsident Graf v. Schwerin-Dömitz:

Ich rufe Sie zum dritten Male zur Ordnung und frage das Haus, ob es den Redner noch weiter hören will. (Wegen die Stimmen der Soz. Abg. und der Sozialdemokraten sowie der Dänen wird dem Abg. Hoffmann das Wort entzogen. — Lärm bei den Soz. Abg.)

Landwirtschaftsminister Herr v. Schorlemer:

Wenn der Abg. Ad. Hoffmann sich zum Wort meldet, ist man ja auf manches gefaßt, aber was er heute ausgeführt hat, überholt doch die frühesten Erwartungen. Man hätte wiederholt das Gefühl, nicht einen preussischen Volksvertreter, sondern einen Vertreter der Entente zu hören. (Stimmliche Zustimmung rechts. — Entrüstungsrufe bei den Soz. Abg. — Abg. Ad. Hoffmann: Sie denken, weil Sie Intelligenzpolitik treiben, können Sie das auch anderen zutrauen. — Lärm rechts. — Rufe: Ruhe. — Abg. Stroebel: Wir verlangen, daß der Minister zur Ordnung gerufen wird. Unverschämtheit! Freiheit! — Dauernde Rufe rechts: Ruhe! — Abg. Stroebel: Zur Geschäftsordnung.)

Präsident Graf Schwerin-Dömitz:

Der Minister hat das Wort und niemand anders. (Rufe b. d. Soz. Abg.): Rufen Sie den Minister zur Ordnung, wenn Sie den Mut haben!

Landwirtschaftsminister Herr v. Schorlemer:

Ich habe trotz dieser Zwischenrufe von meiner Bezeugung nichts zurückzunehmen. (Gru-Rufe b. d. Soz. Abg. — Unruhe rechts.) Ich muß namens der Staatsregierung für die in Widerspruch gegen die Rede des Herrn Hoffmann erheben. (Abg. Ad. Hoffmann: Das sagt ein so gekennzeichnete Minister! — Juraus rechts: Abdolat der Entente! — Abg. Ad. Hoffmann: Des haben Sie auswendig gelernt wie ein Papagei!) Herr Hoffmann hat Enthüllungen in Aussicht gestellt, die darlegen werden, wer die Schuld an diesem Kriege trage. Die Reichsleitung kann diesen Enthüllungen mit aller Ruhe entgegensehen. Dem Reichskanzler, der an der verantwortungsvollen Stelle des Deutschen Reiches steht, werden auch seine Gegner nicht die Anerkennung bräuen können, daß er ecklich und ernstlich bekehrt ist, den ihm gestellten Aufgaben zu genügen; er ist weit erhaben über die abgeräumten Wege des Abg. Hoffmann von der „länglichen Unzulänglichkeit“. (Abg. Stroebel: Ein Wort von Ludwig Frank!) Der militarische Absolutismus, von dem Abg. Adolf Hoffmann immer sprach, ist in des Wortes eigentlicher Bedeutung dasjenige, was Preußen und Deutschland großgemacht und zum Widersand in diesem Kriege befähigt hat (Behalte Zustimmung rechts. — Widerspruch links), was unsere Gegner bis heute verächtlich zu erreichen gesucht haben. Man sollte also auch anerkennen, was dieser Militarabsolutismus geleistet hat. (Abg. Hoffmann: Warten Sie das Ende ab!) Die Revolution in Petersburg hat der Abg. Hoffmann nicht erwähnt als ein freudiges Anzeichen für die Beendigung des Krieges, sondern als ein Wenteletel für Deutschland und für Preußen. Solche Worte müssen die Zweifel an der vaterländischen Gesinnung des Redners in die weitesten Kreise tragen. (Behalte Zustimmung rechts. — Große Unruhe b. d. Soz. Arbeitsg.) und müssen erneut dazu beitragen, daß das ganze Volk sich zusammenkammert um das eine Ziel: zu fegen! Durch Reden des Hoffmann wird es sich dabei nicht betren lassen. Natürlich hat Herr Hoffmann mir wieder die

größte Schuld an der angeblich falschen Ernährungspolitik im Deutschen Reich zugehoben. Er ist unbeschreiblich. Aber ich kann mich heute für meinen Gegenbeweis, den ich neulich unter Zustimmung der großen Mehrheit dieses Hauses erbracht habe, auch auf das

Zeugnis des Herrn v. Baisch

berufen, der gestern in einer Aussprache im Reichstag ausdrücklich bestätigt hat, daß ich niemals und nirgends Maßregeln des Kriegsernährungsamts oder einer anderen Reichsstelle ausgehalten oder gebilligt hätte. Daß hin und wieder gegen Verordnungen verstoßen wird, daß es auch Landwirte gibt, die der Pflicht zur Ablieferung ihrer Erzeugnisse nicht überall nachgekommen sind, wird niemand bestreiten, aber ich lege Wert darauf, daß die Verfehlungen einzelner einem ganzen Stande zur Last gelegt werden und daß auch die Verbraucher durch solche Erzeugnisse unnötig autergeregt werden. (Sehr wahr! recht.) Dazu gehört auch die lange Geschichte über die

Fließeisenbahn an das Landesfleischamt,

die der Vorstand besser zuerst an die zuständige Stelle zur Untersuchung gebracht hätte. Im übrigen sieht hinter dem Abg. Hoffmann nur ein verächtlicher Teil des deutschen Volkes. Lebhafter Widerspruch bei der Soz. Arb. Wir werden uns durch seine Reden nicht aufhalten lassen in dem Durchhalten bis zum Siege, den unsere U-Boote so glänzend vorbereiten. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender des Landesfleischamts, Unterstaatssekretär Göppert:

Das Material des Abg. Hoffmann stammt von einem unteren Beamten. Es ist teilweise richtig, zum größeren Teil entstellend. Es handelt sich um eine Sendung von Wurst aus nachgeschlachtetem Vieh, die schon im September hergestellt worden ist, als Fleischarten noch nicht eingeführt waren. Damals haben eine Anzahl Herren des Landesfleischamts eine Sendung dieser Wurst bestellt. Ein Teil haben sie mir zugesandt. Ich habe sofort betont, daß, wenn auch das Vorgehen legal war, es mir doch nicht angemessen schien, solche Bestellungen von Amts wegen für die Beamten zu machen. Im Februar habe ich dann zu meinem Erschrecken erfahren, daß wiederum eine Anzahl mittlerer Beamter, zum Teil dieselben wie im September, sich 20 Kilo Wurst hatten kommen lassen. Ich habe sofort angeordnet, daß diese Wurst aus dem Hause käme. Sie wurde an den Berliner Viehhandelsverband angewiesen. Rühmlich ist leider der Vorsitzende dieses Viehhandelsverbandes, der wohl nicht wußte, was er mit der Wurst tun sollte, den Beamten gesagt, sie möchten die Wurst wieder abholen.

er übernehme die volle Verantwortung. Er war der Auffassung, daß diese Wurst die vor dem 1. Oktober hergestellt war, markentreu sei. (Abg. Ad. Hoffmann: Das ist unzulässig!) Ich bin ganz Ihrer Meinung, aber jedenfalls haben die Beamten, wenn sie sich danach richteten, im guten Glauben gehandelt. Ich habe den Beamten aber den Vorwurf gemacht, daß sie es an dem nötigen Fall haben fehlen lassen, weil sie die Wurst trotz meines früheren ausdrücklichen Verbots angenommen hatten und habe ihnen aufgegeben, nur noch Wurst gegen Marken zu beziehen. Ich stelle die Akten dem Hause zur Verfügung. (Beifall.)

Abg. Dr. A. Nizerki (Polen) erklärt namens seiner Freunde, daß sie dem Etat, der wieder die zur Besetzung der Polen in der Ostmark bestimmten Positionen enthalte, nicht zustimmen könnten.

Abg. Braun (Soz.):

Der Abg. Adolf Hoffmann hat die üblichen Dreisprayer gegen uns geschleudert. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten. — Unruhe bei der Soz. Arb.) Er hat uns vorgebracht, daß wir das Volk betrogen hätten. Wie das Volk unsere auf die Landesverteidigung sowie auf die Herbeiführung eines baldigen Friedens gerichtete Politik beurteilt, das hat die gestrige Erleichterung zum Nachhinein bewiesen. Wir sind mit dem

Selbstteil von Spandau-Nachweiland

zurück. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Unter Berufung auf dies Urteil kann ich über seine weiteren Angriffe zur Tagesordnung übergehen. Er hat wohl geglaubt, mit seinen Ausführungen dem Frieden zu dienen. Wenn aber seine Worte eine Wirkung über dieses Haus hinaus haben, so kann es nur die gegenteilige sein. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Das gilt insbesondere der wahrheitswidrigen Behauptung, daß bei der gestrigen Reichstagswahl von 22000 Wählern nur 4900 für den Frieden gestimmt hätten. Damit würde ich Herrn Hoffmann verlassen. (Abg. Ad. Hoffmann: Das ist die Paragrafen der Medien, die nicht widerlegen kann.) Wir haben hier keinen Zahlabend. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Zum Etat habe ich zu erklären, daß wir auch den diesjährigen Etat in der Gesamtabstimmung ablehnen werden. Die diesjährige Etatberatung hat wieder erkennen lassen, daß, wenn es nach dem Willen der preussischen Regierung und der Mehrheit dieses Hauses geht, in Preußen alles beim Alten bleibt. Das Programm, das der Minister des Innern über die Bekämpfung Preußens nach dem Kriege entwickelte, erschöpft sich in schönen Worten und allgemeinen Wendungen, die im Munde eines preussischen Ministers nur einen problematischen Wert haben. Er meinte, jeder Preuze müsse in dem Bewußtsein leben, Bürger eines durch seine Gesetzgebung und Verwaltung freien Staates zu sein. Das scheint auch dem Herrn Ministerpräsidenten bisher noch nicht recht zum Bewußtsein gekommen zu sein, sonst hätte er nicht gestern ein solches Programm entwickeln können, wie das zu unserer Genugung geschehen ist. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Mit unerschütterlicher Selbstverleugung rief der Minister des Innern damals in den Saal hinein: Wir haben gute Gesetze, wir haben freies Wahlrecht. So soll da wohl der erste Wille zur Verbesserung herkommen! Was nützen uns alle Versprechungen für die Zukunft, wenn man in der Gegenwart noch immer an den Ausnahmezustand gegen die Polen, an den reaktionären Maßnahmen auf dem Gebiete des Schulwesens gegenüber den Dissidenten usw. festhält. In alle dem zeigt sich noch immer der alte Geist der Unzulänglichkeit und Bevormundung, dieser spezifisch preussische Geist, der Preußen weit über seine Landesgrenzen hinaus als das realistische Staatengebilde neben Rußland erscheinen läßt. Die heimliche Manifestation des Lebens des Staatsbürgers von der Wiege bis zum Grabe zu reglementieren, ist ja während des Krieges etwas gebührend, wenn auch nicht befähigt worden. Aber

Befragungszustand und Zensur

dienen auch jetzt noch dazu, jede freie Bewegung zu unterdrücken, wenn sie den herrschenden Gewalten nicht genehm ist. Es ist keine Gewähr geboten, daß nach Beendigung des Krieges der alte Polizeigeist nicht wieder zum Vorschein kommt. Wir sehen keinen Versuch, mit dem ganzen Volk überlebter Gesetze und Verwaltungsmaßnahmen aufzuräumen. Den Staatsarbeiter hält man nach wie vor das unangehörige Wahlrecht vor, man denkt nicht daran, die Festordnung zu befestigen. Und doch ist es ein unerträglicher Schicksal, daß die Volksgenossen, die brauchen mit voller Hingabe und größtem Opfergeist das Vaterland verteidigt haben, wieder unter das Joch der Festordnung und der Ausnahmezustände zurückgeführt werden. Es ist nicht nur eine Forderung der Gerechtigkeit, sondern auch der politischen Klugheit und wirtschaftlichen Notwendigkeit, die Landarbeiter mit den anderen Arbeitern gleich zu stellen, denn das würde ihre Arbeitsfreudigkeit ungemein erhöhen und Interesse der jetzt so dringend notwendigen Erzeugung der Lebensmittelzuzugung. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Diese Frage der

Lebensmittelzuzugung

und Verteilung ist die drängendste Frage unserer inneren und äußeren Politik. Sollten wir sie nicht befriedigend lösen, dann brechen wir mit allem Selbstvertrauen draußen wirtschaftlich und damit auch militärisch zusammen. (Sehr wahr! bei den Sozial-

demokraten.) Der Landwirtschaftsminister vermißt neulich in meinen Ausführungen, daß ich nicht gefragt hätte, wer eigentlich an der Nozlage Schuld sei. Wir haben aus unserer Beurteilung des brutalen Aushungerungsplanes Englands nie ein Hehl gemacht. Aber das fortgesetzte Lamentieren über Englands Hungerpolitik kann uns nur von den Aufgaben im Innern ablenken, ohne daß es unseren Lebensmittelmarkt irgendwie erhöht. Wir müssen uns vielmehr auf den Boden der Tatsachen stellen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Es muß mit dem System des Anreizens zur Produktion durch höhere Preise endlich gebrochen werden. Seine Wirkungslosigkeit hat sich insbesondere auch beim Zuckerrübenbau gezeigt. Wenn man befürchtet, daß die Zuckerrübenbauer, um sich höhere Gewinne zu sichern, andere Produkte anbauen, dann muß man eben dafür sorgen, daß der Anbau dieser anderen Produkte keinen höheren Gewinn ergibt. Dann wird man erreichen, daß die Landwirte Zuckerrüben anbauen, ohne daß eine höhere Belastung der Bevölkerung die Folge ist. Gerade das Nachgeben gegenüber den Forderungen der Zuckerrübenbauer ist typisch für die Art, wie der preussische Landwirtschaftsminister seine Aufgabe auf dem Gebiete der Ernährungspolitik auffaßt. Er selbst hat einen Preis von 2.10 M. für Zuckerrüben für angemessen erklärt, hat aber dann dem Ansturm der Interessenten nachgegeben und den Preis wesentlich erhöht. Dieser Grundgedanke, durch hohe Preise zu erhöhten Produktionen anzureizen, ist ja sehr bequem und erspart viel Organisationsarbeit. Aber seine Befolgung hat nicht den gewünschten Erfolg, die Volksernährung zu sichern. Nur die Erzeuger von Lebensmitteln konnten dabei immer auf ihre Rechnung, nicht aber die Verbraucher. Der Minister glaubt freilich, durch Erhöhung der Produktion auf diese Weise auch dem Verbraucher zu nützen, aber das ist ein großer Irrtum, der für die ausreichende Ernährung unseres Volkes geradezu verhängnisvoll werden muß. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Minister behauptet, niemals Verordnungen von Reichsstellen verstoßen zu haben. Das hat ihm auch niemand vorgeworfen, wohl aber, daß er manche im Interesse der Volksernährung notwendigen Maßnahmen durch seinen Einpruch vereitelt habe. Das

System Schorlemer

hat bisher nur dazu geführt, die Lebensmittelzuzugung und die Händler zu bereichern ohne die zur Volksernährung zur Verfügung stehenden Lebensmittel zu vermehren und hat anstatt zur Ausplünderung der Verbraucher geführt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Gewiß gilt es, die Produktion zu heben, aber die Produktion ist nicht Selbstzweck, sondern lediglich Mittel zum Zweck zur Sicherung der Volksernährung, die durch die bisherige Produktionspolitik aufs Schwerste gefährdet worden ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Dahin das System führt, offenbart sich jetzt in der Hungerrakete in Petersburg. Will die Regierung, gedrängt von den Rußländern der Lebensmittelknappheit und der Teuerung, es auch bei uns dahin treiben lassen, dann möge sie mit der bisherigen Lebensmittelpolitik fortfahren. Für die unabsehbaren Folgen, die sich daraus ergeben, tragen diejenigen die Verantwortung, die die Gewinnsucht über das Gemeinwohl stellen. Der Minister ist dann in seiner Rede, die allgemein als Axiom in die Öffentlichkeit begeben wurde, auch über den Rahmen seines Ressorts hinausgegangen und hat noch gemüßwillig ein weiteres System Schorlemer allgemeiner Natur entwickelt. Er führte aus, seine Widersacher bekämpften ihn aus allgemeiner politischen Gründen, weil er die Entwicklung auf anderen Gebieten in einem Sinne beeinflussen könnte, der von den Linken nicht gebilligt werde. Welches sind denn diese anderen Gebiete? Es liegt die Vermutung nahe, daß es die Gebiete sind, von denen gestern der Ministerpräsident gesprochen hat, in einem Sinne, der von der Linken nur gebilligt werden konnte, der aber von der Rechten mit eisernem Schweigen aufgenommen wurde, das in keinem Gegensatz stand, zu den Beifallstimmen, mit denen Sie Herrn v. Schorlemer einige Tage vorher überschüttet hatten. Er stellt sich also offenbar der Neuorientierung entgegen, die Herr v. Bethmann Hollweg gestern rückhaltlos als notwendig anerkannt hat. Wenn Herr v. Schorlemer im Herrenhause die Rede des Grafen Nord angedacht hat, ohne ihr mit einem Wort zu widersprechen, so läßt das ja auch Hof bilden. Im Jahre 1882 hieß es in einem Artikel der Kreuzzeitung: „Wenn politische Körperschaften den Zustand verlieren, so müssen sie ebenso wie der einzelne, unter Anstalt gestellt werden.“ Das ging damals gegen die Mehrheit dieses Hauses, trifft aber heute auf die Tätigkeit des Herrenhauses durchaus zu. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) (Wandt der Reichskongress etwa mit dieser Körperschaft eine einigermassen

gerechte Wahlreform in Preußen

durchzuführen? Er scheint ja sogar zu zweifeln, ob sie nicht auch gegen dies Haus durchgeführt werden muß, das auch seine Existenz ursprünglich einem Staatsvertrage verdankt. Der Ministerpräsident hat die notwendige Umgestaltung des inneren politischen Lebens rückhaltlos anerkannt, aber der erste unerlässliche Schritt dazu ist die Beseitigung des Dreiklassenwahlrechts. Der Anmut des preussischen Volkes über das herrschende System der Entziehung und Bevormundung wird sich um so früher erlösen, je länger die Regierung die Lösung dieser Frage hinausschiebt, die bereits vor 9 Jahren als die wichtigste der Gegenwart in einer Thronrede bezeichnet worden ist. Trotz der Ausführungen des Ministerpräsidenten von gestern kann ich nicht anerkennen, daß diese dringende politische Aufgabe nicht noch während des Krieges durchgeführt werden kann. Wenn unter den liegehabenden Differenzen auch gegenüber der Nahrungsmittelepolitik das einmütige Zusammenstehen zur Verteidigung des Vaterlandes nicht gelitten hat, so wird es auch nicht darunter leiden, wenn die Regierung ihr Versprechen der Wahlreform endlich einlöst. Gerade die Aufrechterhaltung des bisherigen empörenden Unrechts muß der Einmütigkeit des Volkes viel abträglicher sein, als die Beseitigung dieses Unrechts. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) In dem Bestreben, die Gleichberechtigung aller Staatsbürger herbeizuführen, werden wir den Ministerpräsidenten gern unterstützen. Wir müssen aber verlangen, daß bald durch die Tat bewiesen wird, daß es der Staatsregierung mit dieser Erkenntnis ernst ist. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Die Dreiklassenwahlreform muß restlos beseitigt sein,

wenn unsere heldenhaften Truppen aus dem Felde zurückkommen. Es ist ausgeschlossen, daß die nächsten Wahlen noch unter dem alten System geführt werden. Deshalb muß das Wahlrecht noch im Kriege beseitigt werden, auch auf die Gefahr hin, daß die kleine Gruppe der Rußländer dieses Wahlrechts sich dagegen sträubt. Einmal muß doch dieser Widerstand gebrochen werden. Nicht ihn jetzt nicht die Regierung in Heberhinstimmung mit der überwiegenden Mehrheit des Volkes,

dann wird das Volk dereinst selbst radikal aufräumen mit allen Hindernissen, die der freiheitlichen Entwicklung entgegenstehen.

(Sehr wahr! h. d. Soz.) Die Reichstagsparteien sollten beizeiten erkennen, daß jetzt nicht mehr Worte genügen. Der französische Geschichtsschreiber Rignot hat geschrieben: „Sobald eine Reform notwendig geworden ist und der Augenblick der Durchführung gekommen ist, hält sie nichts auf und alles wird ihr überlassen.“ Rüge der Ministerpräsidenten erkennen, daß jetzt der rechte Augenblick zur grundsätzlichen Umgestaltung der innerpolitischen Verhältnisse Preußens, die mit der Wahlreform beginnen muß, gekommen ist. Er hat versprochen, sein Bestes daran zu geben, um seine Gedanken durchzuführen. Aber Minister kommen und gehen, wir wissen nicht, ob der Ministerpräsident, wenn er die Durchführung seiner Pläne noch in weite Ferne schiebt, überhaupt in die Lage kommt, sein Versprechen zu erfüllen und aufrichtig gemeint die Versprechen durchzuführen. Deshalb muß ich ihm zum Schluß bei aller Anerkennung der Entschlossenheit, mit der er sich seitdem für die Aufhebung unserer inneren Politik einsetzte, doch zurufen: Was Du tust, das tue bald! Genug der Worte, das Volk will endlich Taten sehen. (Lebhafter Beifall h. d. Soz.)

Abg. Giesberts (Z.):

Herr Hoffmann als historisch gebildeter Mann (Seiterleit) müßte wissen, daß die Kriegsziele der Entente nicht von gestern her erwidert sind, daß die Gewerkschaften mit ihrer Eingabe wirklichen Räten Ausdruck geben und zu ihrer Befreiung beitragen wollten. Wenn darin vom Wohlstand die Rede war, so nur, um zu betonen, daß auch die Ernährungsforderungen einen politischen Hintergrund haben. Einzelne Sätze der Eingabe allerdings bedauern ich, aber der Minister hätte die Eingabe im ganzen besser würdigen sollen und durfte nicht von einem Nachwort sprechen. Der Minister hat die Forderung der Eingabe auf ein völliges Kartoffelverbot abgelehnt, das dadurch lächerlich zu machen gesucht, daß er sagte, das Verbot bestehe längst. Das ist unrichtig. Das Verbot vom 14. Oktober 1918 ließ viele Ausnahmen zu und überließ die Entscheidung dem einzelnen Landwirt, und gerade deswegen wandten sich die Gewerkschaften. Die Landwirtschaft sollte sich stets bewußt bleiben, welche Entschwerden jetzt die Städte durchmachen müssen. Man darf die Lebensmittelversorgung der Städte nicht nach den Restaurants beurteilen, mit deren Preisen sich endlich das Kriegsvoucheramt beschäftigen sollte. (Allseitige Zustimmung.) Vor allem muß der Schleichhandel unterbunden werden, der den Vermögenden erlaubt, für teures Geld alles zu haben, was sie wollen. (Bravo!)

Landwirtschaftsminister Freiherr v. Schorlemer:

Ich freue mich, daß Herr Giesberts mit der Eingabe der Gewerkschaften, soweit sie Angriffe gegen das Landwirtschaftsministerium enthält, nicht einverstanden ist. Ich könnte das auch nicht glauben, weil er im Dezember einer Konferenz beigewohnt hat, bei der ich mich drei Stunden mit den Herren unterhalten habe. Sie waren erfreut und erkannten darüber, daß sie in wesentlichen Punkten ganz mit mir übereinstimmen. Ich habe als Sündenbock hingestellt werden, wundert mich nicht, denn man sieht offenbar meine Reden nicht. Ich wende mich nur gegen die unbewiesenen Angriffe, die durch alle Zeitungen gehen und dazu beitragen, die Stimmung zu verschlechtern. Die Teilnehmer jener Konferenz hätten aber etwas lauter Protest gegen die Eingabe erheben können. Von einem Nachwort habe ich nur gesprochen, soweit es sich um persönliche Angriffe gegen mich handelte. Die Beweggründe der Verfasser der Eingabe weiß ich durchaus zu schätzen und anerkenne die schwierige Lage der Städte. Ich habe die Landwirtschaftsminister schon vor der Eingabe aufgefordert, dahin zu wirken, daß alle entbehrlichen Nahrungsmittel an die Städte abgeliefert werden. Trotzdem hat das „Berliner Tageblatt“ und der „Vorwärts“ auch nach meiner letzten Rede die alten Vorwürfe wiederholt, als ob ich gar nicht gesprochen hätte. Ich habe mich niemals gegen jeden Zwang für die Landwirtschaft gewandt, sondern nur gegen den Produktionszwang, habe aber auch gesagt, daß der Zwang eine Grenze hat. Generalleutnant v. Gindenburg hat mir geschrieben, daß er durchaus mit meinen Ausführungen einverstanden sei. (Hört! hört!) Hoffentlich hat diese Debatte entsprechende Folgen für die Verständigung von Stadt und Land. (Beifall.)

Abg. Dr. Gociak (L.):

Die Behauptung des Abg. Hoffmann, daß die Reichen Fleisch und Fett in Fülle hätten, ist un wahr. Karlomanissen, wie seiner Rede müssen wir uns vor dem Lande schämen. (Sehr wahr! recht.) Ob wir ihn persönlich ernst nehmen müssen, ist unsere Sache. Aber bitter ernst müssen wir es nehmen, daß überhaupt derartige Reden in einem Parlament fallen konnten. (Lebhafter Zustimmung.) Das Ausland wird diese Rede mit heftigem Takt quittieren, sie kann unter Umständen mehr Opfer an Blut kosten, als alle amerikanischen Rationierungslieferungen. (Sehr wahr! recht.) Der vaterländische Sinn unseres Volkes wird sich mit Abscheu von einer solchen Rede abwenden. (Lebhafter Beifall.)

Vizepräsident Dr. Krause: Es liegt ein Schlußantrag vor. Zum Wort gemeldet ist noch der Abg. Adolf Hoffmann. (Unruhe.) Nach der Geschäftsordnung ist aber die Wortmeldung eines Redners, dem zu demselben Gegenstand bereits das Wort entzogen ist, hinfällig. Die Debatte ist daher geschlossen.

Abg. Adolf Hoffmann (Soz. Arb.) (zur Geschäftsordnung): Wenn man von der für Stahl abgegebenen Stimmenzahl die bürgerlichen Stimmen abzieht, bleiben keine 2000 sozialdemokratischen Stimmen übrig. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Ich habe nicht für Deutschland die Revolution gewünscht, sondern habe gewünscht, das Volk zur Revolution zu treiben. Der Minister durfte mich Agent des Auslandes nennen, ohne zur Ordnung gerufen zu werden. Ich habe gesprochen aus Liebe zu meinem Volk (Lachen rechts), das Sie in den Abgrund führen wollen. (Lärm rechts.) Die Behauptung des Ministers, daß ich nicht im Interesse meines Volkes und Vaterlandes gesprochen habe, weise ich als schamlose Verleumdung zurück. (Große Unruhe.)

Vizepräsident Dr. Krause: Ich rufe Sie zur Ordnung. (Abg. Ad. Hoffmann: Rufen Sie doch den Minister zur Ordnung!) Es ist ja unerträglich, wenn Sie dauernd durch Ihr Verhalten die einfachsten Formen von Sitte und Anstand verletzen. (Lebhafter Zustimmung.)

Abg. Braun (Soz.): Herr Hoffmann meinte, der Schlußantrag habe ihm die Möglichkeit zu einer sachlichen Antwort auf meine Ausführungen über die Reichstagswahl genommen. Nach seinem ganzen Aussehen bin ich fest überzeugt, daß Herr Hoffmann auch ohne den Schluß der Debatte nicht hätte sachlich antworten können. (Lebhafter Zustimmung.)

Damit ist die dritte Lesung des Etats erledigt. In der Gesamtabstimmung stimmen die Sozialdemokraten und die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft gegen den Etat, die Polen und Dänen enthalten sich der Abstimmung.

Nächste Sitzung: Dienstag 3 Uhr. (Keine Vorlagen und Anträge, Eisenbahnleihegesetz.)

Schluß 4 Uhr.

Parlamentarisches.

Das Fideikommissgesetz.

Der Fideikommissgesetzsausschuss des Abgeordnetenhauses hat die erste Lesung des Entwurfs nunmehr beendet. Von besonderer Bedeutung war die Beratung über den Fideikommissstempel und den Sperrenantrag. Nach der Regierungsvorlage sollte eine erhebliche Ermäßigung des bisherigen, seit 1882 bestehenden dreiprozentigen Gründungstempels für Fideikommiss einreten durch Herabsetzung des Stempelsteuers. Ermäßigung des Stempels für bald auf die Hälfte und Ersatz des gemeinen Wertes durch den Extrawert. Es lag ein freikonservativer Antrag auf Erziehung dieser Ermäßigungen vor. Die Volkspartei beantragte, den Stempel von 3 auf 6 Proz. zu erhöhen. Der freikonservativer Antrag wurde schließlich mit einer Mehrheit angenommen, die sich aus der Linken, den Freikonservativen und der Mehrzahl der Konservativen zusammenschloß.

Somitlich der Sperrung der Fideikommissgrundungen lag ein freikonservativer Antrag vor, der vom 1. Juli 1917 bis zum 1. Januar 1920 die Neuerrichtung und Erweiterung von Fideikommissen verbieten will. Diefem Antrag widersprochen die Konservativen sowie zwei Mitglieder des Zentrums. In der Diskussion äußerten mehrere Redner den Wunsch, der am Mittwoch dem Ministerpräsidenten in seiner Rede an das Abgeordnetenhaus gerichteten Aufforderung, in der Fideikommissfrage eine Einigung zu suchen, nach Möglichkeit zu entsprechen und eine angemessene Sperrfrist für die Fideikommiss wurde als eines der Mittel für eine solche Einigung bezeichnet. Ein Zentrumsoberdeputierter stellte den Antrag, die Abstimmung über den Sperrenantrag solange auszuschieben, bis der im Reichstage gestellte Sperrenantrag zurückgezogen oder erledigt sei. Dieser Antrag wurde mit allen gegen eine Stimme abgelehnt und darauf der freikonservativer Sperrenantrag mit 16 gegen 12 Stimmen (10 Konservativen und 2 Zentrumstimmen) angenommen. Die Frage, ob und inwiefern die Stimmgebung in der Sperrung einbezogen und ob die Fristen in anderer Form bemessen werden sollen, wurden der zweiten Lesung vorbehalten.

Um die Reichseisenbahn.

Am Donnerstag hatte sich der Hauptausschuß des Reichstags mit folgendem Antrag der Abg. Müller-Reinigen, Gothein, Bisai-Clingen und Keil zu beschäftigen:

1. Den Reichsanwalt zu ersuchen, dem Reichstag mit möglichst eingehender Darstellung über die vorläufigen finanziellen Wirkungen und die Ergebnisse einer Vereinheitlichung des deutschen Eisenbahnwesens unter Einbeziehung des Innenwasserstraßenwesens vorzulegen;

2. zur Vorbereitung und Abfassung dieser Denkschrift eine Kommission einzuberufen, die durch sachverständige Mitglieder des Reichstags, durch sachverständige Beamten und Vertreter des Großen Generalstabes zu bilden;

3. dafür zu sorgen, daß die der Kommission angehörenden Beamten der einzelstaatlichen Eisenbahnverwaltungen für die Dauer ihrer Mitwirkung und für diese selbst von den Weisungen ihrer Vorgesetzten unabhängig erklärt werden.

Abg. Müller-Reinigen wies darauf hin, daß insbesondere der frühere Direktor im preussischen Eisenbahnministerium, Geheimrat Kirchhoff, sich um die Bestrebungen verdient gemacht habe, unser Eisenbahnwesen zu vereinheitlichen. Selbstverständlich denke auch Kirchhoff nicht daran, diese Vereinheitlichung jetzt während des Krieges durchzuführen. Aber notwendig sei es, die Sache so vorzubereiten, daß nach dem Kriege damit begonnen werden könne. Die Vereinheitlichung habe zur Folge, daß nicht nur technische Verbesserungen, sondern auch ein größerer finanzieller Ueberfluß erreicht werde. Dazu komme, daß auch unser Innenwasserstraßenwesen nach dem Kriege ausgebaut werden müsse. Hier dürfe es nicht dazu kommen, wie bei den Eisenbahnen, daß

jeder einzelne Bundesstaat seine eigene Politik verfolge; vielmehr sei eine einheitliche Leitung sowohl für den Verkehr zu Lande als auch zu Wasser wünschenswert.

Der preussische Eisenbahnminister v. Breitenbach wies im einzelnen nach, daß die Behauptungen des Geheimrats Kirchhoff durch seinen Plan könnten nicht weniger als eine Willkür der Mehrzahl erreicht werden, in allen Punkten unzutreffend sei. Er ging auf jede einzelne Behauptung Kirchhoffs ein und stellte sie als durchaus unzutreffend dar. Auch technische Verbesserungen seien von der Vereinheitlichung dieser Pläne nicht zu erwarten. Aber auch

ohne Vereinheitlichung des Eisenbahnwesens

seien die einzelstaatlichen Eisenbahnverwaltungen bestrebt, alle möglichen Verbesserungen durchzuführen und den Verkehr so zu regeln, daß er sich zwischen den Einzelstaaten ohne Störung vollziehe. Die Abschaffung der ersten und zweiten Wagenklasse, so daß nur noch die zweite und dritte blieben, könnte nicht all-gemein durchgeführt werden. Auch in dieser Beziehung werde gesehen, was möglich sei, um den Verkehr zu vereinfachen. Zweifellos würden alle bundesstaatlichen Verwaltungen die Erfahrungen des Krieges berücksichtigen und ein Sparwesen einführen, soweit es möglich ist, ohne wesentliche Benachteiligung der Bevölkerung und ihrer wirtschaftlichen Entwicklung. Unter diesen Umständen sei eine Untersuchungskommission völlig überflüssig.

Der preussische Finanzminister Dr. Reue wandte sich ebenfalls gegen die Behauptung Kirchhoffs, daß durch die Vereinheitlichung des Eisenbahnwesens eine Mehrerinnahme von einer Milliarde erzielt werden könne.

Abg. Bisai (noll.) erklärte, daß er nur für seine Person spricht. Er denke nicht daran, dem Geheimrat Kirchhoff in allen Punkten beizutreten. Trotzdem müsse doch untersucht werden, ob nicht durch die Vereinheitlichung der Eisenbahnen eine für unsere jetzigen Verhältnisse beträchtliche Ersparnis erzielt werden könne. Ferner sei gerade die heutige Zeit dazu geeignet, den Einheitsgedanken auch auf dem Gebiete des Verkehrs zu durchzuführen. Schließlich müßte auch an die Finanzen der süddeutschen Bundesstaaten gedacht werden. Diese länden sehr schlecht und deshalb wäre es für die süddeutschen Bundesstaaten ein großer Vorteil, wenn es ihnen durch Vereinheitlichung des Eisenbahnwesens ermöglicht würde, einen größeren Ueberfluß aus ihren Eisenbahnen zu ziehen. Hier könnte Preußen in Süddeutschland moralische Eroberungen machen.

Abg. Keil (Soz.) für ihn komme besonders in Betracht, daß die Vereinheitlichung des Eisenbahnwesens eine große politische Bedeutung habe. Jetzt seien

acht einzelstaatliche Eisenbahnverwaltungen

vorhanden und damit sei verbunden eine sehr große Kraftverschwendung und ein sehr unangenehmer Konkurrenzkampf. Wir haben eine wirtschaftliche Gemeinshaft, deshalb müsse auch der Verkehr einheitlich geregelt werden. Die preussisch-preussische Eisenbahngemeinschaft habe bewiesen, daß durch die Vereinheitlichung beträchtliche Vorteile erreicht werden können. Das Einheitliche im Eisenbahnwesen würde den Reichsgedanken sehr fördern und unser Wirtschaftsleben fördern, ferner technische Verbesserungen nach verschiedener Richtung durchzuführen. Die Verbesserungen in Bezug auf die Klasseneinteilung unserer Eisenbahnen sei durchaus durchführbar und würde sich als im höchsten Grade zweckmäßig erweisen.

Der Vertreter des bayerischen Verkehrsministeriums erklärte, daß seine Regierung aus politischen und wirtschaftlichen Gründen gegen die Vereinheitlichung des Eisenbahnwesens im Deutschen Reich sei. Das Reich beruhe auf föderalistischer Grundlage und daran müsse festgehalten werden. Die Eisenbahnen bilden einen sehr bedeutenden wirtschaftlichen Wirtschaftsfaktor. Den müßten die Bundesstaaten behalten. Nachdem Hr. v. Gamp sich gegen den Antrag ausgesprochen hatte, erklärte der sächsische Staatsminister und Minister der Finanzen v. Seydewitz: Nach seiner Auffassung sei kein Vorteil davon zu erwarten, daß die Leitung der Eisenbahnen von den Bundesstaaten auf das Reich übergehe, ja in der gegenwärtigen Zeit wäre dieser Schritt bedenklich. Das Reich müsse bemüht sein, aus den Eisenbahnen möglichst viel Geld herauszuschlagen und könnte unmöglich den wirtschaftlichen Bedürfnissen der Bundesstaaten in dem Maße Rechnung tragen, wie das bisher geschehen sei und ferner geschehen solle. Es erweise ihm aber auch sehr zweifelhaft, ob die Vereinheitlichung in der Tat einen größeren Ueberfluß ergeben werde.

Für den Antrag sprachen noch die Abg. Van (Soz.), Gothein und Hausmann (Sp.). Dagegen sprachen Kaiser-Kaufmann, Dr. Straß, Schäfer. — Der preussische Minister v. Breitenbach erklärte, er sei bereit, auch ohne Reichstagsbeschluss eine Denkschrift vorzulegen. Der sächsische Minister habe ebenfalls zugestimmt. Er hoffe, daß die anderen Einzelstaaten dieselbe Bereitschaft zeigen, so daß sämtliche in Frage kommenden Bundesstaaten in dem Reichstag zum Wort kämen. Schließlich wurde der Antrag abgelehnt; dafür stimmten geschlossen die Sozialdemokraten und die Volkspartei sowie zwei Nationalliberale, die anderen stimmten dagegen.

Stadtverordnetenversammlung.

6. Sitzung vom Donnerstag, den 15. März 1917, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsitzende Wichelet eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr. Es erfolgt zunächst die Einführung und Verpflanzung des neu-gewählten Stadtv. Redakteur Eichhorn (Soz.).

Oberbürgermeister Wermuth teilt mit, daß das heute ablaufende Abkommen mit der Verzeihung bezüglich der ärztlichen Verfolgung der Kriegsteilnehmerfamilien einweisen verlängert worden ist und noch im Laufe des März die Angelegenheit geregelt werden wird. Die Versammlung tritt hierauf in die erste Beratung des

Stadthausplans für das Rechnungsjahr 1917

Stadthausplans für das Rechnungsjahr 1917

Kammerer Böß gibt eine Uebersicht über den neuen Entwurf, gibt der Kubertstadt Ausdruck, daß die zu erwartende Kriegsentlastung auch die aus Anlaß des Krieges erfolgten südlichen Aufwendungen decken würde, schätzt den von der Stadt aufzubewahrenden Betrag für die wohl nicht vermeidbare Reichskohlensteuer auf 6 1/2 Millionen und legt dann Protest ein gegen die Ausdehnung der neuen Reichskohlensteuer auf den Sort- und Straßenbahnverkehr. In die Betrachtung der Lage des städtischen Grundbesitzes läßt er die Bemerkung einfließen, daß ihm eine wirkliche Gesundung ohne Erhöhung der Mieten zweifelhaft erscheint. Das städtische Wohnungswesen werde hoffentlich recht bald seine leistungsfähige Tätigkeit wieder aufnehmen können. Der neuerdings wieder zur Diskussion gestellte Groß-Berliner Lastenausgleich sei praktisch undurchführbar und würde die Selbstverwaltung ruinieren. Die städtischen Finanzen seien durchaus gesund; der neue Plan bleibe mit 377 Millionen nur wenig gegen den laufenden zurück. Den Lastenausgleich bestreben nur Lichtenberg und Reutlingen. Die wirklichen Schwierigkeiten lägen auf dem Gebiete der kommunalen Zersplitterung. Es bestehe ein Verwaltungszweig schimmiger Art; es gebe dafür nur ein Heilmittel, die Eingemeindung. (Beifall.)

Stadtv. Gassel (Linke): Der vorliegende Kriegsetat ist immerhin relativ zufriedenstellend; wir kommen ohne Erhöhung der Einkommensteuer über die heutigen 100 Proz. aus. Erfreulich ist der Mehrertrag von 6 1/2 Millionen bei der Einkommensteuer, weniger erfreulich, daß der Mittelstand daran in viel geringerem Maße beteiligt sein dürfte als die Kriegsgewinner und die Arbeitsschicht der Kriegsindustrien. Die schwierige Lage der Hausbesitzer erfordert unsere volle Aufmerksamkeit, denn die Blüte der Stadt hängt wesentlich von guten, geräumigen Wohnungen und damit von einem leistungsfähigen Hausbesitzerstand mit gesundem Realcredit ab. Auch von Kommunen wegen muß lechter gefördert werden. Die 42 Millionen Mietbeihilfen kann man keine Unterstützung der Hausbesitzer aus der Stadtkasse nennen; es ist eine Unterstützung der Kriegsteilnehmerfamilien. Die gleichzeitige Bedingung eines teilweisen Mieterlasses ist nach so langer Dauer des Krieges eine Plage, eine Ungerechtigkeit geworden, die mit Recht erbitert. Einige Kommissionen haben auf diese Bedingung verzichtet, andere nicht; ein Beschluß der Deputation, generell den Verzicht auszusprechen, scheint beim Magistrat leider auf Widerstand zu stoßen. Der „Lastenausgleich“ ist mit der Selbstverwaltung unvereinbar. Für das ganze Land geht es aus diesem Grunde nicht, das hat man erkannt; jetzt aber ist man auf die Idee gekommen, es möchte doch für Groß-Berlin gehen, da brauche man es mit der Rücksicht auf die Selbstverwaltung so genau nicht zu nehmen, den „Woskretsch“ Berlin könne man ungemierter an die Gurgel fassen. Die Reutlinger Petition macht fast den Eindruck einer bestellten Arbeit. Im Schulwesen bringt selbst diese schwere Kriegszeit einen bedeutenden Kulturfortschritt, der dem Kaffee der begabten Volksschüler in die höheren Lehranstalten erleichtern soll; den vom Stadtkonrat ausgearbeiteten Reformplan können wir dem Magistrat nur angelegentlich zur Durchföhrung empfehlen.

Stadtv. Heimann (Soz.): Die lange Dauer des Krieges hat auch die Gemeindearbeit und die kommunale Entwicklung immer schärfer beeinträchtigt und immer schwerer beeinträchtigt. Für die zahlreichen neuen Aufgaben dagegen, die der Krieg uns gestellt hat, fehlt es an Personal und Organisation an den verschiedensten Stellen unserer Kommunalverwaltung. Vieles ist besser geworden, manches ist mangelhaft geblieben. So vor allem auf dem Gebiete der Massenpeisung, wo schreiende Mängel bestehen und der Magistrat noch immer keine Remedur geschaffen hat. Die Nahrungsmittelbeschaffung unter dem System Schorlemer müßte ja zu den heutigen schweren Nöten führen, unter denen die Berliner Bevölkerung zu leiden hat, und ob der neue Staatskommissar Vetterling geschaffen wird, wage ich nicht zu hoffen, will es aber von Herzen wünschen. Die Belastung mit Kriegsaufgaben aller Art wird für Berlin noch durch die alte Provis der Staatsverwaltung gesteigert, der Reichshauptstadt möglichst viele unangenehme Aufgaben zur Erledigung aufzulassen; die Bureaucratie schiebt sich im jüngsten Maße unendlich über den erfahrensten Kommunalbeamten erhaben. Die kommunale Zersplitterung vollendet das Bild der Pestfahigkeit, das Berlin heute bietet. Wird die „Reorientierung“ die Eingemeindung bringen? Das mährische Zweverbandsgeleit zu ändern, ist nicht die Absicht der Regierung, so hat uns der Oberpräsident erklärt. Das eröffnet wenig verlockende Perspektiven. Die schönen Worte des Reichsanwalters von gestern sind nicht im Rahmen des Staatsministeriums gesprochen worden, die konservativen haben sie mit eifrigem Schweigen aufgenommen, sie werden alles daran setzen, weiter die eigentlichen Herren Preußens zu bleiben, die sie bisher gewesen sind. Unser Kredit in der Welt schreibt sich davon her, daß wir in Preußen noch immer in die Fesseln einer reaktionären agrarischen Erziehung geschnitten sind; das Volk wird noch sehr schwere Arbeit zu leisten haben, um diesen unwürdigen Zustand zu überwinden. Die freie Selbstverwaltung der Kommunen hat einen Teil der größten Schäden dieses Systems abzumachen verstanden, sie hat sich der staatlichen Bureaucratie weit überlegen gezeigt. — Trotz des Krieges darf die Kulturarbeit der Städte speziell Berlins nicht vernachlässigt werden; es darf nicht engbrüstig verfahren werden. In dieser Beziehung läßt aber der neue Etat gegenüber dem ersten Kriegsjahr doch manches zu wünschen übrig. Die Ausgaben für die Zukunft sind ja unerfreulich und dennoch darf es besonders in unserer Ära für die heranwachsende Jugend kein Schwanken und kein Wauern geben. Auf eine gesunde, gut ausgebildete und vorgebildete Jugend muß sich unsere ganze Zukunft stützen. Die Schranken zwischen der Volkshochschule und den höheren Schulen müssen fallen. Daher begrüßen wir die neuen Reformpläne und besonders, daß auch, wenn leider auch nur in winzigem Maße, für bedürftige Schüler Unterhaltungsbeihilfen vorgesehen werden sollen. — Unsere städtischen Werke, besonders die Gaswerke, müssen aufs pfeiflichste behandelt werden. Der Gaspreis kann kaum noch weiter heraufgedrückt werden; es muß eine radikale Umgestaltung der Produktionsweise durch den Erwerb eigener Kohlengruben und Kohlenfelder erfolgen, nur dann wird man der Bevölkerung billiges Gas liefern und unsere Finanzen verbessern. — Sehr befremdlich ist ein Ertrag der Armenverwaltung, der die Ermüdung oder den Wegfall der Armenunterstützung bei entsprechendem Ergebnis der angeordneten Nachprüfung der Arbeitsfähigkeit in Aussicht nimmt (Bewegung) — Ich hoffe, die Armenverwaltung wird auch diesen Ertrag noch einmal nachprüfen. Ich schließe mit dem heißen Dank an unsere Brüder draußen, die es uns ermöglichen, unsere Arbeit in Ruhe und ungehindert zu tun, und mit dem Wunsch, daß dem entsetzlichen Völkermorden bald ein Ende gemacht und den gequälten Völkern der Friede endlich wiedergegeben werde. (Beifall.)

Stadtv. Wammsen (Fr. Fr.) schließt sich dem letzten Wunsch des Vorredners rückhaltlos an. Er geht dann die einzelnen Etats durch, hebt hervor, daß die Sanitätsverwaltung zum ersten Male einen Ueberfluß von 200 000 M. aufweist, stellt fest, daß das Mehrertrögen an Einkommensteuern hauptsächlich auf Rechnung der arbeitenden Massen kommt und begrüßt die allgemeine Zunahme der Schülerzahl in den höheren Lehranstalten. Die Androhung, früher gewährte Almosen zurückzufordern, wenn der Betreffende in eine Beschäftigung eintritt, ist, würde, wenn der Kollege Heimann richtig unterrichtet sei, durchaus zu mißbilligen sein. Die Stadt sollte jetzt nach dem Beispiel des Reichs daran denken, die Verzinsung und Tilgung der schwebenden Schuld wenigstens teilweise auf Steuern zu nehmen. Die Frage des Lastenausgleichs sei eine Frage der kommunalen Selbstständigkeit; die sei aufs Schwerste gefährdet, wenn man sich auf ein solches Umding einlasse. Reutlingen und Lichtenberg hätten sich dafür von den Landräten einsparen lassen. Das Ende wäre ein neues Ausschreitrecht der Regierung oder eine Erweiterung der Rechte des Zwangsverbandes — beides gleich bedenklich und gleich wenig wünschenswert. — An dem Etat werde voraussichtlich auch im Etatsauschuß kaum etwas zu ändern sein.

Stadtv. Dostein: Daß bei der Volkspreisung einige Leute kein Eisen trotz längerem Wartens bekommen haben, ist richtig.

Die Verwaltung hat sich in dieser Beziehung die größte Mühe gegeben. Es ist ja sehr bedauerlich, wenn 400 bis 500 Personen kein Eisen bekommen konnten, aber wir geben wöchentl. eine Million Portionen aus. Wir werden weiter alles daran setzen, diese Beschwerden völlig abzustellen. — Die Verfügung der Armen-direktion steht durchaus auf dem Boden unserer gesetzlichen Verpflichtung.

Stadtv. Heimann: Das habe ich auch nicht bestritten; aber die Verdröhung der Androhung der Zurückforderung kann ich bei den heutigen Lebensmittelpreisen auch jetzt noch nicht einsehen, es ist eine antisoziale Maßregel.

Darauf wird der Etat an den Etatsauschuß verwiesen. Für die Erweiterung der Säuglingsfürsorge sollen werden 8000 M. bewilligt.

Von der Magistratskassengabe an das Abwärtenthaus und an das Staatsministerium heir. die Einwirkung der Armenunterstützung auf öffentliche Rechte nimmt die Versammlung Kenntnis. Schluß 1:30 Uhr.

Aus Groß-Berlin. Dritter Berliner Kriegsetat.

In der Berliner Stadtverordnetenversammlung begann gestern die Beratung des Haushaltsplanes für 1917, des dritten in der Kriegszeit. Die Generaldebatte endete mit Ueberweisung an den Ausschuß, aus dem er vermutlich ohne nennenswerte Änderungen zurückkommen wird. Stadtkammerer Böß erklärte, Berlins Finanzwesen sei gesund und sicher. Die Erträge der Werke sind unter dem Einfluß des Krieges zusammengeschmolzen, aber dafür hofft er aus den Steuern um so mehr herauszuholen. Daß er sich Sorge um die Zukunft macht, ließe er kaum durchdringen. Nur der Gedanke an den Vorschlag eines Lastenausgleichs zwischen den Gemeinden Groß-Berlins verstimmte ihn. Auch in den Ausführungen, mit denen die Redner der beiden Fraktionen des Freisinn, die Stadtverordneten Gassel und Wammsen, ihre Stellung zum Haushaltsplan darlegten, nahm die Erörterung des Lastenausgleichs einen breiten Raum ein. In dem Haushaltsplan selber fanden sie nichts auszusetzen — so kriegerisch mager, wie er ist, ist er ihnen recht. Für die sozialdemokratische Fraktion erklärte Genosse Heiman sich scharf gegen die Vernachlässigung wichtiger Aufgaben, gegen die im Laufe des Krieges immer stärker herorgetretene Betonung finanzieller Bedenken in Fragen, wo diese niemals ausschlaggebend sein dürfen. Unser Redner empfahl, den für den Stadtsäckel besonders ins Gewicht fallenden Ertrag der Gaswerke durch Ankauf eigener Kohlengruben und Kohlenfelder zu sichern und zu steigern. Auf Ausführungen Heimanns über Mängel und Mißgriffe der Volkspreisung und der Armenverwaltung erwiderte Stadtv. Dostlein, der für beide verantwortlich ist. Die Klagen über die Volkspreisung mußte er als berechtigt anerkennen.

Die Beratungen über den Lastenausgleich in Groß-Berlin.

Die Magistrate und Gemeindevorstände der südlichen und östlichen Berliner Vororte wollen sich abmalm an das Parlament und die Regierung wenden, um die unbedingte Notwendigkeit, den Lastenausgleich noch in diesem Jahre zu schaffen, darzulegen, da sonst viele Gemeinden in ihrer Existenz gefährdet seien. Die Gemeinden mit vorwiegend Arbeiterbevölkerung müßten in der Kriegswirtschaftsperiode bei geringerer Steuererinnahme viel mehr leisten als die Gemeinden mit einer Einwohnerzahl in besserer finanzieller Lage. Das sei für die Dauer nicht möglich. Die eigentümliche Gestaltung Groß-Berlins erfordere, daß wenigstens die Schul- und Armenkosten auf alle Gemeinden entsprechend ihrer Steuerleistungsfähigkeit verteilt werden.

Berliner Lebensmittelnachrichten.

Nach der Bekanntmachung des Magistrats Berlin entfallen auf Abkmit 40 der Lebensmittelkarte je 80 Gramm Dör r gemälz. Der Widrigkeit ist nur in den durch ein Ausschickel gefeh-zeichneten Geschäften gegen Empfangsbekundigung abzulieferu, und zwar am 17., 18. oder 19. März.

Nach einer Bekanntmachung des Magistrats ist der Kleinhandelspreis für ein rohes Häbnerer, das von der G. E. G. geliefert und durch den Magistrat in den Verkehr gebracht ist, auf 28 Pf. ermäßigt worden.

Rohzucker für den Haushalt.

Gründlich ist Rohzucker in den öffentlichen Verkehr gebracht worden, der den nur knapp zur Verteilung kommenden raffinierten Zucker zum Teile ersetzen soll. Gegen diesen Rohzucker werden anscheinend gemächte Bedenken erhoben, die hauptsächlich dahin gehen, daß er mehr oder weniger unteufel sei, einen widerlichen Geruch und Geruch habe, infolge seiner Klebrigkeit den denkbar besten Nährboden für Bakterien, Schimmelpilze und andere Mikroben bilde und sich auch schlecht halte. Daneben sei sein wirklicher Zuckergehalt weit geringer, als der nur wenig billigere Preis vermuten lasse, und die Niedrigkeit des Rohzuckers lasse sowohl im Handel als auch im Haushalt Verluste entstehen, die bei der allgemeinen Zuckerknappheit nicht unterschätzt werden dürften. Zu Rarmeladen- und Einmachzwecken lasse sich Rohzucker überhaupt nicht verwenden, da er hierbei einen elastischen Geruch entwickle und die Früchte verderben. Außerdem wird behauptet, daß zurzeit große Mengen raffinierten Zuckers in den Fabriken lagerten, um deren Abnahme diese vergeblich ersuchen.

Selbst wenn man berücksichtigt, so schreibt dazu der Kriegs-ausschuß für Konsumenteninteressen, daß diese Mitteilungen auf die an dem ausschließlichen Verkauf raffinierten Zuckers ganz besonders interessierten Zuckerraffinerien zurückzuführen sind, so sollte das Kriegsüberwachungsamt keinen Augenblick zögern, sich zu dieser Angelegenheit recht eingehend zu äußern, denn die Beschränkungen nicht nur die Verbraucher, sondern lassen auch vermuten, daß der jetzige Leiter der Reichszuckerstelle bei seinen Maßnahmen nicht die glückliche Hand besitze, deren Fehlen ihn schon für die Leitung der Reichs-stelle für Obst und Gemüse auf die Dauer unmöglich mache.

Aluminiumbeschlagnahme. Die Frist zur Meldung der beschlag-nahnten Aluminiumgegenstände läuft am 18. d. Mts. ab. Die der Beschlagnahme unterliegenden Gegenstände sind in der Verordnung des Oberkommandierenden in den Marken vom 1. März 1917 bezeichnet. Diese Gegenstände sind durch ihre Besitzer (Privatpersonen, Anstalten, Kantinen, Behörden aller Art und Händler) bei den städtischen Steuerstellen bis zum 18. einschließl. zu melden. Unter-laffung oder Abgabe einer nicht vollständigen Meldung ist mit schwereren Strafen bedroht.

Wie läßt sich die Lebensweise der Schulkinder möglichst hygienisch gestalten? Ueber dieses Thema spricht der Direktor des Kaiserin-Auguſte-Viktoria-Gymnas., Prof. Dr. Langstein, am Sonntag, 17. März, 8 Uhr, im Sitzungssaal 100 des Rathhauses (3 Treppen, Eingang Spandauer Straße). Alle für die schulpflichtige Jugend interessierten Kreise werden dazu eingeladen.

Schwerer Raubüberfall.

In der Nacht zu Donnerstag, zwischen 1 und 2 Uhr, wurde die Feuerweh nach dem Feuermelder in der Paul-Gesje-Straße am Friedrichshain alarmiert. Vor dem Feuermelder fand man einen bewußtlosen jungen Mann im Sitze schlummend. Er wurde sofort nach dem Krankenbau am Friedrichshain gebracht, wo man einen Bauhshuh feststellte. Die Untersuchung hat ergeben, daß

